

Bürgergutachten
„Ehrenamt und gesellschaftliches
Engagement“

Empfehlungen an die Zukunftskommission
Gesellschaft 2000
Oktober 1998

Herausgeber:
Akademie für Technikfolgenabschätzung
in Baden Württemberg

Redaktion:
Dr. Elmar Wienhöfer
Dr. Hans Kastenholz

ISBN 3-932013-57-3
ISSN 0945-9553

***Akademie für Technikfolgenabschätzung
in Baden-Württemberg***

Industriestr. 5, 70565 Stuttgart

Tel.: 0711 • 9063-0, Fax: 0711 • 9063-299

email: info@afta-bw.de

<http://www.afta-bw.de>

Die *Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg* gibt in loser Folge Aufsätze und Vorträge von Mitarbeitern sowie ausgewählte Zwischen- und Abschlußberichte von durchgeführten Forschungsprojekten als *Arbeitsberichte der Akademie* heraus. Diese Reihe hat das Ziel, der jeweils interessierten Fachöffentlichkeit und dem breiten Publikum Gelegenheit zu kritischer Würdigung und Begleitung der Arbeit der Akademie zu geben. Anregungen und Kommentare zu den publizierten Arbeiten sind deshalb jederzeit willkommen.

Vorwort

Unbestritten lebt ein freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen davon, daß Bürgerinnen und Bürger an seiner Gestaltung mitwirken und einen Teil ihrer Lebenszeit für das Gemeinwohl einsetzen. Allerdings wird heute immer wieder darauf hingewiesen, daß in Deutschland ein Wertewandel stattgefunden habe, der insgesamt die Pflicht- und Akzeptanzwerte in den Hintergrund verbannt und stattdessen Werten wie „individuelle Selbstverwirklichung“ oder „Selbstentfaltung“ Vorrang verliehen habe. Konsequente Folge daraus sei der Trend zu einer „Egogesellschaft“ oder „Ellenbogengesellschaft“, der sich politisch auch im Rückzug ins Private und im Schwinden des Gemeinsinns äußere.

Ein sich vollziehender Wertewandel ist sicherlich nicht wegzudiskutieren. Entgegen verbreiteten Vorurteilen und zur Überraschung der Öffentlichkeit konnten jedoch zahlreiche Studien zeigen, daß in der Bevölkerung auch weiterhin ein großes Potential vorhanden ist, sich für die Belange der Gesellschaft einzusetzen (z.B. Klages 1998, Sozialministerium Baden-Württemberg 1997, 1996).

Die im März 1997 von der baden-württembergischen Landesregierung eingesetzte Zukunftskommission Gesellschaft 2000 hat die Aufgabe, vor dem Hintergrund der Diskussion um soziale und gesellschaftliche Umbrüche in unserer Gesellschaft konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln und Lösungswege aufzuzeigen, wie der Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefördert werden kann und die Menschen auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet werden können. Ebenso soll nach Wegen gesucht werden, welche die Rolle des Landes Baden-Württemberg als Impulsgeber gesellschaftspolitischer Fortschritte stützen und stärken.

Die Zukunftskommission setzt sich schwerpunktmäßig mit folgenden Fragestellungen auseinander:

1. Wissen und Kultur als Faktoren gesellschaftlichen Zusammenhalts und Fortschritt
2. Die Lage junger Menschen und das Verhältnis der Generationen
3. Gesellschaftliches Engagement und Wege zur Mitverantwortung

Entsprechend diesen Aufgabenstellungen hat sie drei gleichnamige Arbeitsgruppen gebildet. Die Arbeitsgruppe III mit dem Themenfeld „Gesellschaftliches Engagement und Wege zur Mitverantwortung“ beauftragte im Januar 1998 über das Staatsministerium die Akademie für Technikfolgenabschätzung als interessenungebundene Stiftung des Landes Baden-Württemberg, sechs Bürgerforen zum Thema „Ehrenamt und gesellschaftliches

Engagement“ durchzuführen. In diesen Foren sollte auf der Basis lebensweltlicher Erfahrung ein Empfehlungskatalog erarbeitet werden, der aufzeigt, wie neue Möglichkeiten zur Nutzung des vorhandenen Potentials an bürgerschaftlichem Engagement sowie neue Formen der gemeinwohlorientierten Einbeziehung von Bürgern in Entscheidungsabläufe in Politik und Verwaltung gefunden und realisiert werden können.

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Durchführung von Bürgerforen. Sie setzt sie in der Regel als sogenannte „Reflexionsdiskurse“ mit dem Ziel ein, kontroverse Themen mit Betroffenen systematisch zu diskutieren, die Präferenzen der Teilnehmer einzuholen und so ein Meinungsbild zu in der Gesellschaft kontrovers diskutierten Themen zu erheben. Beispiele hierfür sind die Akademieprojekte „Biotechnologie/Gentechnik – eine Chance für neue Industrien?“ und „Klimaverträgliche Energieversorgung in Baden-Württemberg“. Diese Erfahrung mit der Praxis partizipativer Bürgerbeteiligungsverfahren hat die Zukunftskommission und das Staatsministerium Baden-Württemberg veranlaßt, die Akademie mit der Durchführung von oben genannten Bürgerforen im Lande zu beauftragen.

Das vorliegende Bürgergutachten ist Resultat der Arbeit der Bürgerforen in den Städten Aalen, Esslingen, Kirchberg an der Jagst, Mannheim, Offenburg und Weil am Rhein. Es faßt die Meinungen, Argumente und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zusammen, die sie in einem gemeinsamen Lern- und Diskussionsprozeß erarbeitet haben.

An den Bürgerforen haben 149 im Zufallsverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger des Landes Baden-Württemberg teilgenommen. Sie haben vier Tage miteinander, mit den Sachverständigen und mit den Prozeßbegleitern der Akademie gearbeitet, d.h., sie haben sich informiert, diskutiert, Meinungen ausgetauscht, abgewogen, verworfen und geändert sowie um Beurteilungen gerungen. Sie haben ihre Zeit für die Beantwortung gesellschaftlich relevanter Fragen zur Verfügung gestellt; diese Zeit war Freizeit, Urlaub oder vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellte Zeit.

Hierfür und für ihr großes Engagement gebührt den Teilnehmern unser Respekt und unser Dank. In diesen Dank möchten wir alle Arbeitgeber einschließen, die ohne rechtliche Verpflichtung ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Teilnahme an den Bürgerforen ermöglicht haben. Nicht zuletzt danken wir allen Referenten, die sich der Herausforderung gestellt haben, ihre Beiträge abgewogen und verständlich darzulegen und sich den kritischen Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

Ohne die vielfältige Unterstützung und den persönlichen Einsatz vieler Menschen wär es uns nicht möglich gewesen, die Foren erfolgreich durchzuführen. Besonders danken möchten wir den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus der Akademie für ihren Einsatz bei den vielfältigen Organisationsaufgaben, ebenso den Moderatorinnen und Moderatoren sowie Tagungsassistentinnen und -assistenten für ihr großes, über die normale Pflichterfüllung weit hinausgehendes Engagement bei der Gestaltung der Bürgerforen.

Dem Leiter der Arbeitsgruppe 3 der Zukunftskommission, Herrn Ministerialdirektor a. D. Rolf Lehmann sowie den Herren Ministerialdirigent Max Munding und Christoph Braß vom Staatsministerium Baden-Württemberg sind wir ebenfalls für ihre stets hilfsbereite Kooperation zu Dank verpflichtet.

Elmar Wienhöfer
Hans Kastenholz

Stuttgart, im Oktober 1998

Inhaltsverzeichnis

1	EMPFEHLUNGEN DER BÜRGERFOREN	1
1.1	Zentrale Handlungsfelder	1
1.2	Zentrale Hemmnisse	1
1.2.1	Strukturelle Hemmnisse	1
1.2.2	Personenbezogene Hemmnisse.....	2
1.3	Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement	2
1.3.1	Anerkennung / Belohnung	2
1.3.2	Zertifizierung	3
1.3.3	Soziale Sicherung	3
1.3.4	Kostenerstattung	4
1.4	Bürgerbüro / Kontaktstelle	4
1.4.1	Hauptaufgaben.....	4
1.4.2	Trägerschaft	5
1.4.3	Finanzierung	5
1.4.4	Personalausstattung	5
1.4.5	Organisationsstruktur.....	5
1.5	Weitergehende Bürgerbeteiligung	6
1.6	Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung	7
1.7	Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung	7
1.8	Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte	7
2	ERGEBNISSE DER BÜRGERFOREN IN DEN EINZELNEN DURCHFÜHRUNGSORTEN	9
2.1	Aalen	9
2.1.1	Handlungsfelder.....	9
2.1.2	Hemmnisse	9
2.1.3	Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement.....	10
2.1.4	Bürgerbüro / Kontaktstelle	12
2.1.5	Weitergehende Bürgerbeteiligung	14
2.1.6	Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung.....	14

2.1.7	Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung.....	15
2.1.8	Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte.....	15
2.1.9	Soziodemographische Teilnehmerdaten.....	15
2.2	Esslingen.....	17
2.2.1	Handlungsfelder.....	17
2.2.2	Hemmnisse.....	18
2.2.3	Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement.....	19
2.2.4	Bürgerbüro / Kontaktstelle.....	22
2.2.5	Weitergehende Bürgerbeteiligung.....	23
2.2.6	Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung.....	24
2.2.7	Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung.....	24
2.2.8	Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte.....	25
2.2.9	Soziodemographische Teilnehmerdaten.....	25
2.3	Kirchberg.....	27
2.3.1	Handlungsfelder.....	27
2.3.2	Hemmnisse.....	28
2.3.3	Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement.....	29
2.3.4	Bürgerbüro / Kontaktstelle.....	31
2.3.5	Weitergehende Bürgerbeteiligung.....	32
2.3.6	Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung.....	33
2.3.7	Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung.....	33
2.3.8	Soziodemographische Teilnehmerdaten.....	34
2.4	Mannheim.....	36
2.4.1	Handlungsfelder.....	36
2.4.2	Hemmnisse.....	37
2.4.3	Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement.....	38
2.4.4	Bürgerbüro / Kontaktstelle.....	40
2.4.5	Weitergehende Bürgerbeteiligung.....	41
2.4.6	Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung.....	42
2.4.7	Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung.....	42
2.4.8	Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte.....	43
2.4.9	Soziodemographische Teilnehmerdaten.....	43
2.5	Offenburg.....	45
2.5.1	Handlungsfelder.....	45
2.5.2	Hemmnisse.....	45
2.5.3	Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement.....	46
2.5.4	Bürgerbüro / Kontaktstelle.....	49
2.5.5	Weitergehende Bürgerbeteiligung.....	50

2.5.6	Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung.....	50
2.5.7	Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung	51
2.5.8	Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte	51
2.5.9	Soziodemographische Teilnehmerdaten.....	51
2.6	Weil am Rhein	53
2.6.1	Handlungsfelder.....	53
2.6.2	Hemmnisse	54
2.6.3	Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement.....	56
2.6.4	Bürgerbüro / Kontaktstelle	57
2.6.5	Weitergehende Bürgerbeteiligung	59
2.6.6	Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung.....	59
2.6.7	Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung	59
2.6.8	Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte	60
2.6.9	Soziodemographische Teilnehmerdaten.....	60
3	DER AUFTRAG AN DIE AKADEMIE UND AN DIE BÜRGER- FOREN.....	63
4	BERATUNG DER ZWISCHENERGEBNISSE DER BÜRGERFOREN MIT DER ARBEITSGRUPPE 3 DER ZUKUNFTSKOMMISSION.....	65
5	DAS DURCHGEFÜHRTE BETEILIGUNGSVERFAHREN.....	67
5.1	Das Modell „Planungszelle“.....	67
5.2	Vorbereitung und Durchführung.....	68
5.2.1	Inhaltliche und organisatorische Planung.....	68
5.2.2	Prozeßverlauf und -begleitung.....	70
5.3	Die Teilnehmerzufallsauswahl.....	71
5.4	Soziodemographische Teilnehmerdaten	72
5.5	Das Arbeitsprogramm der Bürgerforen	74
5.5.1	Arbeitsprogramm der Foren im Mai.....	74
5.5.2	Das Arbeitsprogramm der Foren im September.....	75
5.6	Das Zustandekommen der Aussagen	75
5.6.1	Instrumente der Meinungsabgabe.....	75
5.6.2	Rahmenbedingungen der Aussagen.....	76

6	VORBEREITUNG, MODERATION UND ORGANISATION DER BÜRGERFOREN	79
	ANHANG: PRESSEECHO.....	81

Lesehinweis

Bei Begriffen wie Bürger, Teilnehmer, Politiker, Vertreter etc. ist stets die weibliche Form mitgemeint.

1 Empfehlungen der Bürgerforen

Die Bürgerforen in Aalen, Esslingen, Kirchberg an der Jagst, Mannheim, Offenburg und Weil am Rhein haben übereinstimmend die folgenden zentralen Handlungsfelder und Hemmnisse identifiziert. Sie empfehlen der Zukunftskommission, sich mit den hierauf aufbauenden Verbesserungsvorschlägen zur Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement vertieft auseinanderzusetzen und für ihre Realisierung einzutreten.

1.1 Zentrale Handlungsfelder

Unter zentralen Handlungsfeldern werden von den Bürgerforen diejenigen Bereiche verstanden, in denen gesellschaftliches Engagement von ihnen als vordringlich wünschenswert betrachtet wird. Diese sind:

- Integration von Ausländern, Behinderten, Arbeitslosen etc.
- Kinder, Jugendliche, Alte, Familie
- Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe
- Umwelt- und Naturschutz

Die Aufzählung der Handlungsfelder beinhaltet keine Aussage über Organisationen (wie Kirchen, Bürgerinitiativen, Vereine), die in diesen Feldern bereits tätig sind oder sein sollten.

1.2 Zentrale Hemmnisse

Unter zentralen Hemmnissen werden von den Bürgerforen diejenigen Beweggründe verstanden, die Menschen trotz grundsätzlicher Bereitschaft von der Umsetzung eines gesellschaftlichen Engagement abhalten. Diese sind:

1.2.1 Strukturelle Hemmnisse

- Bürokratie (Regelungsdichte und Unübersichtlichkeit, mangelnde Transparenz, Mangel an Kooperationsbereitschaft, Verstrickung in Interessenkonflikte und Seilschaften)

- unklarer rechtlicher Rahmen (hier vor allem Unfallversicherung, Haftpflichtversicherung, soziale Absicherung)
- zu wenig aktive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit seitens Politik, Behörden und Verbänden

1.2.2 Personenbezogene Hemmnisse

- Beanspruchung durch Familie und Beruf
- Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit
- diffuse Ängste (z.B. vor: Ärger mit Behörden, ausgenutzt zu werden, Fehler machen, Kritik, beruflichen Nachteilen)
- empfundener Informationsmangel
- mangelhafte organisatorische und finanzielle Unterstützung
- Scheu vor langfristigen Verpflichtungen
- unzureichende gesellschaftliche Anerkennung

1.3 Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement

Unter der grundsätzlichen Annahme, daß Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement auf keinen Fall gegen Entlohnung (Bezahlung) erzielt oder ausgeübt werden dürfen, bestand in allen Bürgerforen jedoch Konsens über die Notwendigkeit von Anerkennung des Engagements durch die Gesellschaft, Politik und Verwaltung. Hier wurden konkrete Vorstellungen entwickelt.

1.3.1 Anerkennung / Belohnung

Getreu dem Grundsatz „Belohnen statt entlohnen“ stellten die Teilnehmer der Bürgerforen den Bereich der ideellen und mehr symbolisch anerkennenden Belohnung in den Vordergrund. Hier konkretisierten sie ihre Vorstellungen, nach denen mehr Anreiz und Förderung für gesellschaftliches Engagement erzielt werden könnte, z. B. durch:

- Ehrenamtsausweis (-ticket) für verbilligten Eintritt in Freizeitparks, Museen etc. (vgl. Schülerausweis)
- Ehrenbürgerschaft auf Zeit (ca. 3 bis 5 Jahre)

- mehr Präsenz des Themas Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement in den Medien, vor allem durch eine auf Aktivitäten mit Beispiel- und Vorbildcharakter bezogenen Berichterstattung
- Fahrtkostenerstattung (günstigere Monatskarte, mit Bescheinigung freie Fahrkarte)
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, auch zum Erreichen weiterer Befähigungen für Engagement
- Freifahrten im ÖPNV, Freikarten für kulturelle Veranstaltungen, öffentliche Schwimmbäder usw.
- gemeinsame Essen, Feste und Ausflüge für die Ehrenamtlichen
- gemeinsame Veranstaltungen wie z.B. Theaterbesuch mit Kostenübernahme durch Träger
- geringere Mitgliedsbeiträge für die Engagierten
- städtischer Empfang für Ehrenamtliche ein Mal jährlich, z.B. Neujahrsempfang oder Frühlingsfest
- stärkerer Einbezug der Wirtschaft (z. B. bei Sponsoring von Projekten)

1.3.2 Zertifizierung

Es bestand allgemeiner Konsens, daß Tätigkeiten im Bereich Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement bescheinigt bzw. zertifiziert werden sollten. Hierin wird ein Anreiz sowohl für den Beginn als auch für die Fortführung eines Engagements gesehen. Im beruflichen Umfeld kann eine Zertifizierung dem Erhalt des Arbeitsplatzes wie auch dem Aufstieg im Beruf dienen. Im privaten Bereich kann sie Selbstbestätigung bedeuten und damit zu einer Stärkung des Selbstwertgefühls beitragen.

Generell sollen Bescheinigungen und Zertifikate über Art, Umfang und zeitliche Dauer eines Engagements Auskunft geben, allerdings keine Benotung enthalten. Überdies soll die Zertifizierung wegen einer mindestens deutschlandweiten Vergleichbarkeit nach einem standardisierten Raster vorgenommen werden.

1.3.3 Soziale Sicherung

Alle Foren erblicken in einer obligatorischen und automatischen Unfall- und Haftpflichtversicherung für jeden ehrenamtlich Tätigen bereits bei Aufnahme eines Ehrenamtes oder gesellschaftlichen Engagements dringenden Handlungsbedarf. Darüber hinaus wurden in einzelnen Foren weitere Möglichkeiten der individuellen sozialen Absicherung diskutiert, wie z.B. Möglichkeiten der Anrechnung auf die Rentenanwartschaft analog zu sozialem Jahr, Wehr- oder Zivildienst.

1.3.4 Kostenerstattung

Bei aller grundsätzlichen Bereitschaft zum Ehrenamt ohne Bezahlung möchten die Bürger hierdurch aber nicht mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Deshalb wünschen sie eine generelle Kostenerstattung (nicht Aufwandsentschädigung) für alle ihnen im Kontext des Engagements entstandenen Kosten gegen Vorlage eines Kostennachweises. Wer auf die Kostenerstattung verzichtet, sollte dies bei seiner Lohn-/Einkommensteuererklärung berücksichtigen können.

1.4 Bürgerbüro / Kontaktstelle

Gesellschaftliches Engagement wird gebremst durch gravierende Informationsdefizite. Deshalb soll als Informationsbasis ein für jedermann erreichbares, partei- und verbandsneutrales Kontaktbüro in der Gemeinde / im Stadtteil zur Vermittlung von Informationen und Tätigkeiten und zur Beratung für bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden. Wichtig ist hier die Unabhängigkeit. Deshalb ist die Klärung der Grundfinanzierung von großer Bedeutung. Sie könnte zum Beispiel aus einem noch zu gründenden Fonds auf Landesebene kommen. Das Bürgerbüro sollte nicht nur reagieren, sondern von sich aus *aktiv* auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Konkret werden dem Bürgerbüro folgende Hauptaufgaben zugeschrieben:

1.4.1 Hauptaufgaben

- aktive Aufklärungsarbeit mit dem Ziel des Abbaus von Hemmungen und Vorurteilen gegenüber Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement
- Funktion einer Anlauf- und Beratungsstelle für Engagementwillige
- Information und Schulung der Engagementwilligen, aber auch bereits ehrenamtlich tätiger Menschen
- Börse für Möglichkeiten und Notwendigkeiten ehrenamtlichen Engagements
- Ermittlung und Dokumentation des Bedarfs für Engagement
- Information über soziale Absicherung und Versicherung des ehrenamtlichen Engagements
- Kommunikation und Angebotsförderung
- Kontaktadressen von Experten bereitstellen
- Koordination und Vermittlung zwischen unterschiedlichen Akteuren und Interessen
- Marketing für Ehrenamt

- Öffentlichkeitsarbeit für Ehrenamt allgemein und für konkrete ehrenamtliche Aktivitäten
- Umsetzungshilfen für Anregungen und Ideen

1.4.2 Trägerschaft

Unter der Prämisse größtmöglicher Unabhängigkeit von Interessen der Administration, der Politik und der Verbände haben sich zwei Modelle herauskristallisiert.

Das erste Modell sieht die Unabhängigkeit am ehesten gewährleistet, wenn eine noch zu gründende Stiftung oder ein Förderverein auf Landesebene die Trägerschaft für die örtlichen Bürgerbüros übernimmt. Stiftungs- oder Vereinsmitglieder könnten das Land Baden-Württemberg, Kommunen und Landkreise, Unternehmungen sowie Privatpersonen sein.

Das zweite Modell sieht - auch unter Betonung der Unabhängigkeit - die Trägerschaft eher bei den Kommune oder den Landkreisen.

1.4.3 Finanzierung

Beim Modell Stiftung / Förderverein sollte die Grundfinanzierung durch die Stiftung bzw. durch den Förderverein erfolgen. Hierzu sollte die Finanzierung mindestens einer Personalstelle (Leitung) sowie der Aufwendungen für ein Büro und die Büroausstattung gehören. Der über die Grundfinanzierung hinausführende Finanzbedarf sollte über Zuwendungen diverser staatlicher Stellen und Förderprogramme, Spenden, Mitgliedsbeiträge und minimale Nutzerentgelte aufgebracht werden. Der gleiche Finanzierungsmodus wird auch für das Modell der kommunalen Trägerschaft vorgeschlagen, wobei die Grundfinanzierung dort von der jeweiligen Kommune gewährleistet werden müsste.

1.4.4 Personalausstattung

Aus Gründen einer effizienten und geordneten Aufgabenerfüllung sollte das Bürgerbüro hauptamtlich geleitet werden. Zur Unterstützung der hauptamtlichen Leitung sollten mindestens eine ABM-Kraft sowie bedarfsdeckend ehrenamtliche Mitarbeiter vorhanden sein.

1.4.5 Organisationsstruktur

Unter einem für das Land Baden-Württemberg einheitlichen Organisationsstrukturrahmen sollte die konkrete Organisationsstruktur vor Ort in Anpassung an die örtlichen Bedarfe und Besonderheiten frei gewählt werden können.

1.5 Weitergehende Bürgerbeteiligung

Eine verstärkte gemeinwohlorientierte Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungsabläufe von Politik und Verwaltung wird von allen Bürgerforen befürwortet. Grundlage hierfür müssen die Rahmenbedingungen der repräsentativen Demokratie sein. Die Notwendigkeit einer weitergehenden Bürgerbeteiligung wird durchweg begründet mit:

- einer Stärkung des demokratischen Gedankens
- einer besseren Integration von Bürgerinteressen
- der Stärkung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative
- der Festigung von Vertrauen in Staat und Politik
- einer Förderung der politischen Willensbildung

Als Themen und politische Aufgabenfelder für eine weitergehende Bürgerbeteiligung werden vor allem gesehen:

- Ausländerpolitik: z.B. Gewaltprävention
- Finanzen: z.B. Budgetplanung in der Gemeinde, Gebührenerhöhungen
- Stadtplanung: z.B. Gestaltung von Wohnvierteln, Bau von Kindergärten
- Umweltschutz: z.B. Standortbewertung von Abfalldeponien, Energieversorgung
- Verkehrsplanung: z.B. Bau von Ortsumgehungsstraßen, Radwegen, Autobahnen

Eine wirksamere Einbindung von Erfahrungs- und Alltagswissen der Bürger sowie von bürgerschaftlichen Aktivitäten und Projekten in die Gesellschaft könnte erreicht werden durch Verfahren wie z.B.:

- Anhörungen
- Bürgersprech- und fragestunden
- Stadtteilkonferenzen
- Volksbegehren

wie auch durch eine Ergänzung mit innovativen Formen der Bürgerbeteiligung, zum Beispiel:

- Runde Tische
- Zukunftswerkstätten
- Planungszellen

1.6 Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung

Gesellschaftliches Engagement lebt zwar von der Motivation, Hilfs- und Handlungsbereitschaft einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern. Wirksamkeit kann hier aber nur entfaltet werden, wenn eine organisatorische und administrative Handlungsbasis gegeben ist. Beispiele hierfür sind:

- Unterstützung von Patenschaften und Übernahme von Schirmherrschaften
- aktivere Informations- und Öffentlichkeitsarbeit wie zum Beispiel durch:
 - Bereitstellung von kompetenten Ansprechpartnern in Politik und Verwaltung
 - Einrichtung von bürgernahen Beratungs- und Begegnungszentren
 - Einrichtung eines Kummerkastens für öffentliche Anliegen
 - Einrichtung einer Infobörse
 - Herausgabe und Bereitstellung von Informationsmaterial über Möglichkeiten für ehrenamtliches/gesellschaftliches Engagement
- Förderung der Kooperation zwischen Schulen und Vereinen
- Fortführung und stärkere Unterstützung von Volunteerprojekten
- Grundfinanzierung von Infrastruktur
- organisatorische Unterstützung vor Ort durch Verwaltung/Kommune

1.7 Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung

Initiativen und Projekte verschiedener staatlicher Stellen und Träger vermitteln häufig den Eindruck konkurrierender Aktivitäten. Eine wirksamere Koordination bürgerschaftlicher Aktivitäten und ihnen zugrunde liegender Programme könnte hier zur Vermeidung von Kompetenzwirrwarr und Ämter- bzw. Verbandsegoismen beitragen. Eine Flexibilisierung der Strukturen in Institutionen und Verbänden könnte weitere Bereitschaft der Bürger zum gesellschaftlichen Engagement wecken. Dabei sollten effiziente Kooperationen auf Behörden- oder Verbandsebene Vorbildcharakter haben.

1.8 Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte

Ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement basieren wesentlich auf Grundwerten wie:

- Gerechtigkeit
- (Mit-)Verantwortungsgefühl
- Solidarität
- Toleranz

Das Bewußtsein für diese Werte muß durch familiäre, schulische und außerschulische Bildung und Erziehung wieder mehr gestärkt werden. Hierbei ist die Bedeutung von Vorbildern wieder neu zu bedenken.

2 Ergebnisse der Bürgerforen in den einzelnen Durchführungsorten

2.1. Aalen

2.1.1 Handlungsfelder

Als wichtigste Handlungsfelder für Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement benannte das Bürgerforum Aalen

- Altenpflege / -betreuung
- Bürgerbeteiligung
- Freizeit und Kultur
- Hilfs- und Rettungsdienste
- Integration von Ausländern, Behinderten, Außenstehenden
- Jugendarbeit
- Kinder, Jugendliche, Alte, Familie
- Kirchen
- Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfe
- Umwelt und Naturschutz

2.1.2 Hemmnisse

Strukturelle Hemmnisse

Bei den strukturellen Hemmnissen erblickten die Aalener Forumsbürger die Schwerpunkte bei:

- einem unklaren rechtlichen Rahmen (z.B. bei Jugendarbeit strafrechtliche und haftungsrechtliche Folgen)
- einer ineffizienten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (z.B. keine Anlaufstellen, Negativimage durch „Vereinsmeierei“, fehlende Information über Zielsetzungen der Vereine) und generell bei

- zuviel Bürokratie

Personenbezogene Hemmnisse

Als individuelle, auf die eigene Person bezogene Hinderungsgründe für ein persönliches gesellschaftliches Engagement wurden vor allem genannt:

- unzureichende soziale Anerkennung (zu geringes Sozialprestige des Ehrenamts, ausbleibender Dank)
- Beanspruchung durch Familie und Beruf (Privatleben kommt zu kurz, Streß im Beruf, Angst vor einem Konflikt mit dem Arbeitgeber)
- Scheu vor langfristigen Verpflichtungen (Angst vor schwerem Ausstieg, Angst vor Regelmäßigkeit und Dauer des Amtes)
- diffuse Ängste (Angst, ausgenutzt zu werden, politisches Ehrenamt kann zu persönlichen Nachteilen führen, Angst vor dem ersten Schritt, „Vetterleswirtschaft“, mangelnde Fachkenntnisse, Angst vor Enttäuschung, Scheu vor Verantwortung, Scheu vor öffentlichem Auftreten, Angst vor Reibereien und Versagen)
- mangelnde organisatorische und finanzielle Unterstützung (keine Freistellung durch Arbeitgeber, Enttäuschung: Engagement blieb ohne Erfolg, z B. beim Kinderschutzbund, als Bewährungshelfer)

2.1.3 Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement

Ganz allgemein wird postuliert, daß Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement sozial aufgewertet werden müssen. Demjenigen, der sich engagiert, sollen keine Nachteile daraus entstehen. Im einzelnen werden als Maßnahmen zur Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement ausgeführt:

Anerkennung durch

- Zahlung einer Aufwandsentschädigung (Ausgleichszahlungen, Kostenerstattungen, Beitragsfreiheit in Vereinen für sozial Schwache)
- Wirtschaft und Arbeitgeber (Anerkennung durch Arbeitgeber, zeitliche Freistellung oder Ausgleichszahlungen, Erwähnung von Engagement in Zeugnissen, Berücksichtigung von Engagement bei Bewerbungen, Sozialsponsoring durch die Wirtschaft)

Einführung eines Belohnungs- und Zertifizierungssystems

Vorteile:

- Anreiz, sich auch weiterhin zu engagieren
- Dokumentation der Tätigkeiten und der dabei erworbenen Qualifikationen
- Motivierung und Aktivierung neuer Mitarbeiter
- Selbstbestätigung

Nachteile:

- Mißbrauchsmöglichkeiten aufgrund fehlender Transparenz und Überprüfbarkeit
- bürokratischer Aufwand
- Belohnungssystem kann materielles Denken fördern
- Problem der Gerechtigkeit bei Belohnung und Zertifizierung
- Vetternwirtschaft
- möglicher Streit um Ausmaß und Grad der Anerkennung der einzelnen Tätigkeiten

Die Abwägung der Vor- und Nachteile führt dazu, daß die überwiegende Mehrheit des Bürgerforums Aalen in einem Belohnungs- und Zertifizierungssystem (nicht Entlohnungssystem) eine erwünschte Form der Anerkennung sieht.

Konkrete Belohnungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten

- Zahlung einer Aufwandsentschädigung als Erstattung tatsächlicher Kosten
- Auflistung der längerfristigen Tätigkeiten in einem Zertifikat durch die jeweilige Organisation, in dem Art und zeitlicher Aufwand des Engagements enthalten sind
- formelle Anerkennung durch eine übergeordnete Instanz

Als offene Frage hierbei bleibt, ob die Bescheinigungen / Zertifikate durch eine zentrale Stelle oder durch den jeweiligen Träger ausgestellt werden sollen.

Medienunterstützung und Öffentlichkeit

Zur Hebung des Ansehens von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement wird eine Unterstützung durch die Medien mit positiver Berichterstattung und weitergehender Information gewünscht. Die Imageverbesserung soll auch erreicht werden durch gezielte

Qualifizierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche Tätigkeit im jeweiligen Handlungsfeld,

etwa durch:

- eine Verbreiterung des Angebots an Schulungen, Einweisung und Weiterbildung durch die zuständigen Dachverbände
- fachliche Unterstützung der mitgebrachten Kompetenzen durch Fortbildung und Ansprechpartner (Kinderschutzbund, Bewährungshelfer)

Soziale und versicherungsmäßige Absicherung (Unfall, Rente, Krankheit, Pflege)

war ein breit diskutiertes Anliegen des Forums. Dabei ging es vor allem um die Absicherung und Übernahme der Versicherung durch den Staat, etwa bei Haftpflichtversicherungen, aber auch bei strafrechtlichen Problemfällen. Information und Aufklärung über den rechtlichen Rahmen und die Rechtsschutzmöglichkeiten sollte das Bürgerbüro übernehmen.

Erwähnt werden sollte hier noch ein zwar nicht schwerpunktartiger, aber doch diskutierter Wunsch von Teilnehmern des Aalener Forums, nämlich

steuerliche Vergünstigungen bzw. Anrechnung auf die Versicherungszeit zur Erlangung der Rente für betreuende Familienangehörige.

2.1.4 Bürgerbüro / Kontaktstelle

Das Bürgerforum Aalen hält die Einrichtung eines Bürgerbüros im Interesse eines zu fördernden gesellschaftlichen Engagements der Bürger für dringend notwendig. Es entwickelte hierzu folgende Vorstellungen:

Aufgaben

- Vermittlung von Bereitschaft zu und Bedarf an ehrenamtlichen Tätigkeiten
- aktive Aufklärungsarbeit mit dem Ziel des Abbaus von Hemmnissen und Vorurteilen bei den Bürgern
- Verteilung von Informationsbroschüren der Hilfsorganisationen mit Anlaufstellen
- Koordination ehrenamtlicher Aktivitäten und Projekte
- aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Beratung zu rechtlichen und Versicherungsfragen beim Ehrenamt

Trägerschaft

Das Aalener Bürgerforum legte großen Wert auf die Unabhängigkeit des Bürgerbüros in dem Sinne, daß weder Verbände noch Interessengruppen noch politische Körperschaften es für ihre Zwecke instrumentalisieren können. Deshalb waren die Teilnehmer überwiegend der Auffassung, daß diese Unabhängigkeit am ehesten gewährleistet sei, wenn eine Stiftung oder ein Dachverband gemeinnütziger Vereine die Trägerschaft übernehmen würde.

Finanzierung

Die Grundfinanzierung für eine hauptamtliche Kraft, für die Infrastruktur und die Kostenerstattung an ehrenamtliche Mitarbeiter sollte das Land Baden-Württemberg übernehmen. Eine miet- und kostenfreie Überlassung von Räumen durch die Stadt oder den Kreis wird der Grundfinanzierung zugerechnet. Die darüber hinausgehende Finanzierung sollte durch Sponsoring, Beiträge und Vermittlungsgebühren erzielt werden.

Organisation

Für die Anfangsphase geht das Aalener Forum von einem landeseinheitlichen Organisationsmodell aus. Dieses sollte aber so offen sein, daß sich mittelfristig darin auch ortsspezifische Strukturen entwickeln können.

Leitung

Für die Leitung des Bürgerbüros sollte aus Gründen der kontinuierlichen Aufgabenplanung und -erledigung auf jeden Fall eine hauptamtliche Kraft eingesetzt werden. Diese soll durch ehrenamtliche Mitarbeiter unterstützt werden.

2.1.5 Weitergehende Bürgerbeteiligung

Formen der Bürgerbeteiligung

- Runder Tisch
- Zukunftswerkstatt
- Bürgerforum nach dem Modell Planungszelle
- Befragung
- Volksentscheid bei bundespolitischen Angelegenheiten

Themen für eine Bürgerbeteiligung

- Standortbestimmung risikobehafteter Entsorgungsanlagen
- Stadtplanung: Straßenbau, Radwege
- kommunale Ausländerpolitik
- Schule und Bildung

2.2.6 Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung

- Beseitigung struktureller Hemmnisse (Verwaltung, Entbürokratisierung)
- Bereitstellung von Infrastruktur und Logistik
- Schaffung von Informations- und Koordinationsstelle
- aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu Ehrenamt
- Fachkräfte als kompetente Ansprechpartner stellen

2.1.7 Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung

Hier geht es dem Bürgerforum in erster Linie um eine Koordination von Verwaltung und Verbänden in Bezug auf ehrenamtliche Projekte. Dabei sollte auch das Konkurrenzdenken zwischen Verbänden (hier wurden DRK und Malteser genannt) minimiert werden.

Obwohl im Zusammenhang mit den Aufgaben des Bürgerbüros bereits angesprochen, wurde hier die Notwendigkeit einer aktiveren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch die Verbände und Vereine gefordert. Über ihre eigene Imageaufwertung könnten sie damit zur Gesamtaufwertung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement wesentlich beitragen. Im Blick auf neue ehrenamtliche Mitarbeiter wurde den Vereinen und Verbänden mehr Offenheit und größere Bereitschaft zur Integration dieser Mitarbeiter empfohlen.

2.1.8 Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte

Grundwerte wie Ehrlichkeit und Gemeinsinn sollten durch Politik, Verwaltung, Verbände, Bürger und Wirtschaft beispielgebend vorgelebt werden. Die Erziehung hierzu muß in der Familie beginnen.

2.1.9 Soziodemographische Teilnehmerdaten

Am Bürgerforum Aalen nahmen insgesamt 29 Bürgerinnen und Bürger teil. Das Durchschnittsalter betrug 48 Jahre.

Schaubild 1 auf der folgenden Seite veranschaulicht die Verteilung der Geschlechter.

Geschlechterverteilung

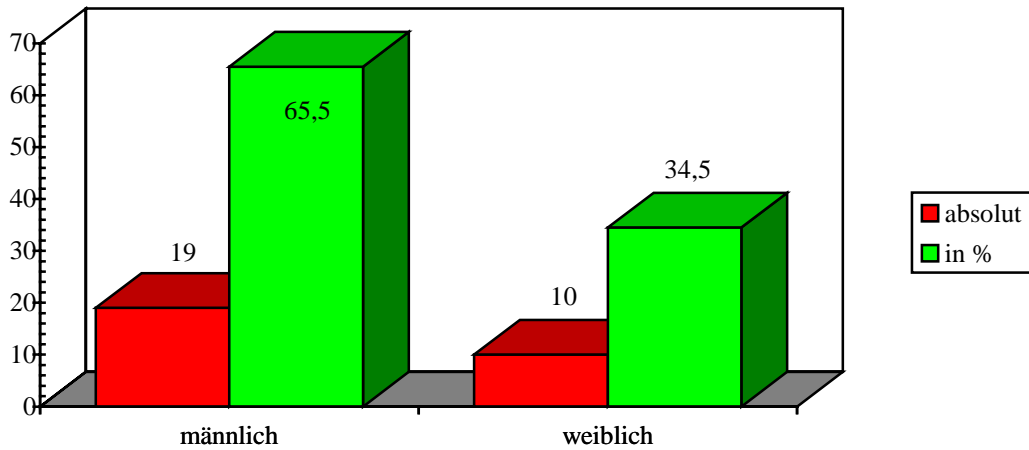


Schaubild 1

Schaubild 2 veranschaulicht die Verteilung der Altersgruppen.

Verteilung der Altersgruppen

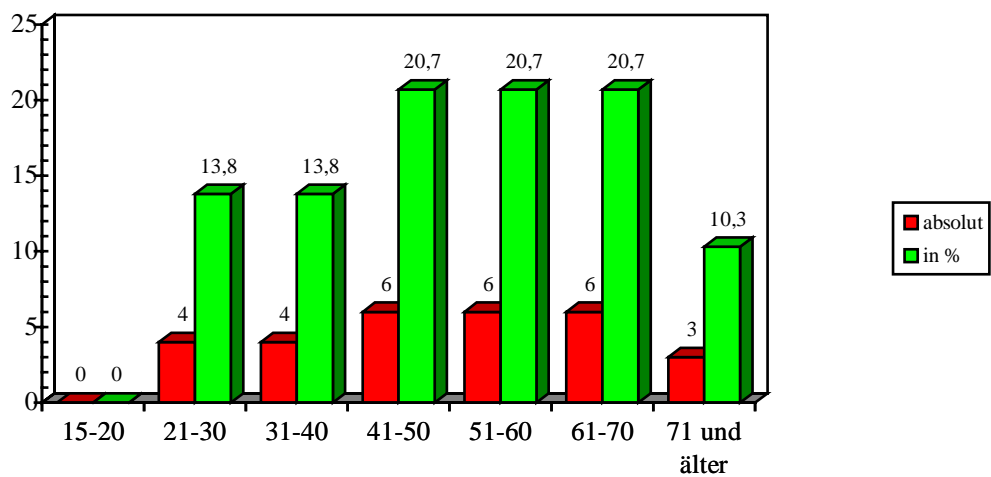


Schaubild 2

Schaubild 3 veranschaulicht die Verteilung der beruflichen Statusmerkmale.

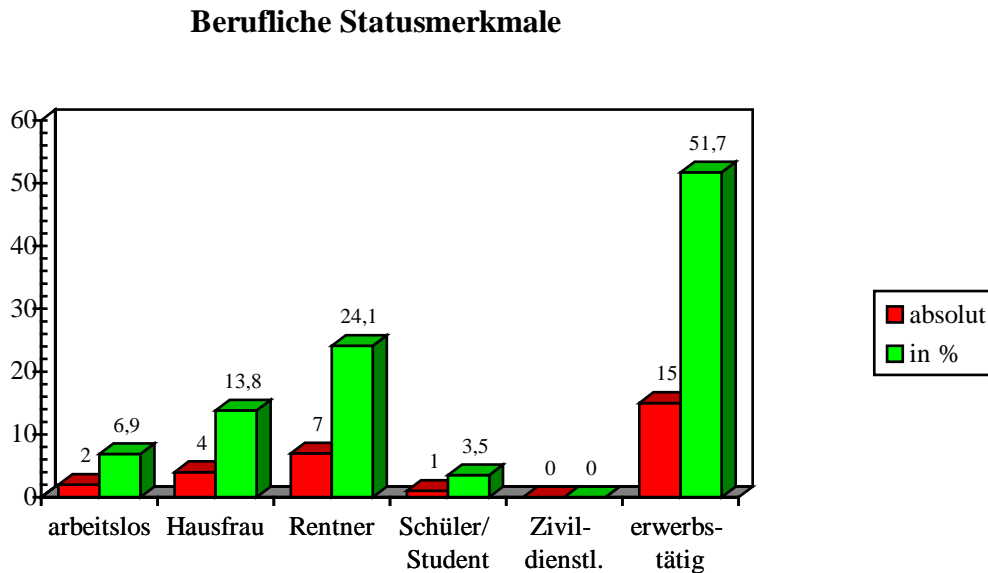


Schaubild 3

2.2 Esslingen

2.2.1 Handlungsfelder

Als wichtigste Handlungsfelder für Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement benannte das Bürgerforum Esslingen:

- Bürgerbeteiligung (z.B. durch Mitarbeit bei Gewerkschaften, Betriebsrat, politischen Parteien, Kirchen und kirchlichen Organisationen, Anwohnerinitiativen, Spenden- und Sammelaktionen für konkrete Einzelprojekte)
- Hilfs- und Rettungsdienste (wie z.B. THW, freiwillige Feuerwehr, Amnesty International, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst)
- Integration von Ausländern, Behinderten, Außenstehenden etc. (mit Aktivitäten wie Aidshilfe, Rehabilitation von Ex-Häftlingen, Betreuung psychisch kranker Menschen,

Ausländervereine, Ausländerbeirat, Freundeskreis für Asylbewerber, multikultureller Austausch / Begegnung, Behindertenarbeit, Betreuung Süchtiger)

- Kinder, Jugendliche, Alte, Familie (mit Aktivitäten wie z.B. Hausaufgabenhilfe, Waldheimaufenthalt, Jugendhaus, Jugendfarm, Jugendgemeinderat, Jugendcafe z.B. „Komma“, Schulsozialarbeit, Nachbarschaftshilfe für alte Menschen, Kontaktgruppe für Ältere, Hilfe für Alleinerziehende)
- Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfe (mit Aktivitäten wie z.B. Krankenhilfe, Kontaktbildung gegen Vereinsamung, anonyme Alkoholiker, Selbsthilfegruppen, z.B. Amsel)
- Umwelt und Naturschutz (Sammelaktionen (Papier, Kleider), Naturkundeverein, Naturschutzbund, persönliches Konsumverhalten (Verpackung), Kinder umweltbewußt erziehen, „Let’s Putz“, Tierschutz)

2.2.2 Hemmnisse

Strukturelle Hemmnisse

Bei den strukturellen Hemmnissen sahen die Esslinger Forumsbürger die Schwerpunkte bei:

- ausbleibender Wertevermittlung (durch Erziehung, fehlende Vorbilder)
- ineffizienter Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Bürokratie und verkrusteten Vereinsstrukturen (undurchlässige Strukturen Hierarchien, Vorschriftenschwungel, Abwürgen von Initiativen, bestehende Seilschaften erschweren den Einstieg)

Personenbezogene Hemmnisse

Als individuelle, auf die eigene Person bezogene Hinderungsgründe für ein persönliches gesellschaftliches Engagement wurden vor allem genannt:

- unzureichende soziale Anerkennung (schlechtes Image des Ehrenamtes)
- Beanspruchung durch Familie und Beruf (Zeitaufwand, Terminprobleme, familiäre Probleme z.B. Kinder, Partner, Engagement bei Existenzkampf nicht möglich)
- Scheu vor langfristigen Verpflichtungen
- empfundener Informationsmangel
- diffuse Ängste (wie z.B. Angst vor Unbekanntem, „kann ich Verantwortung übernehmen?“, Überforderung, davor, eigene Schwächen zu offenbaren)
- Bequemlichkeit
- mangelnde organisatorische und finanzielle Unterstützung (fehlende Aufwandsentschädigung, finanzieller Faktor: steht mein Aufwand im richtigen Verhältnis zur Zielsetzung?, fehlende Mobilität (kein Auto))
- Gesundheit

2.2.3 Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement

Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement sollen sozial aufgewertet werden. Demjenigen, der sich engagiert, sollen keine Nachteile daraus entstehen. Im einzelnen werden als Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamts ausgeführt:

Anerkennung durch

- größere Aufmerksamkeit in Öffentlichkeit Verwaltung und Politik
- Änderung hergebrachter Strukturen in Politik, Verbänden und Medienberichterstattung
- Zahlung einer Aufwandsentschädigung (nur für tatsächlich entstandene Aufwendungen im Rahmen des Engagements; kein Bonussystem und keine Orden; Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit eines Pauschalbetrags für ehrenamtliche Tätigkeit; bei Arbeitslosigkeit: Aufwandsentschädigung darf nicht auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe angerechnet werden; während der Zeit von bürgerschaftlichem Engagement einer Mutter / Vater wird Kinderbetreuung organisiert; bei Entlohnung: große Gefahr des Mißbrauchs)
- Wirtschaft, Arbeitgeber (Gesellschaftliches Engagement stärkt Schlüsselqualifikationen und soziale Kompetenzen, die den Personalverantwortlichen bewußt gemacht werden müssen; Freistellung von der Arbeit; Engagement in Zeiten von Arbeitslosigkeit als Ersatz zur Überbrückung anerkennen)

Einführung eines Belohnungs- und Zertifizierungssystems

Vorteile:

- bei Kostenerstattung (Fahrtkosten, Weiterbildung, Verpflegung) keine finanzielle Ausnutzung
- durch Aufwandsentschädigung / Kostenerstattung ist Finanzierung des Ehrenamts möglich
- Anreiz für andere
- eventuelle berufliche Vorteile
- Steigerung des Selbstwertgefühls

Nachteile:

- das Ehrenamt wird durch Entlohnung ausgehöhlt
- Gefahr des Mißbrauchs bei finanzieller Belohnung
- sozialer Konfliktstoff (Streit, etc.)
- wie wird bemessen?, Wertigkeit des gesellschaftlichen Engagements?
- Bescheinigungen sind ohne Maßstäbe und Kontrollen nahezu wertlos, es fehlen einheitliche Bewertungskriterien
- Aufwand für Kontrollen: zusätzliche Bürokratie und Kosten
- Imageverlust von freiwilligem Engagement: Ehrenamt als Einkommensquelle

Die Diskussion der Nachteile sollte unterstreichen, daß es Ehrenamt gegen Bezahlung (= Entlohnung) nicht geben sollte. Hingegen wurde Belohnung im Sinne der diskutierten Vorteile für sinnvoll gehalten.

Konkrete Belohnungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten

- Dank und die Akzeptanz der Personen, für die man ehrenamtlich tätig war
- gemeinsame Essen und Feste für die Ehrenamtlichen (z.B. Frühlingsfest)
- feste Rubrik in Zeitung, Radio, Fernsehen für regelmäßige Veröffentlichung von positiven Beispielen ehrenamtlichen Engagements, z.B. Talkshow, in der Leute vorgestellt werden, die mit einer guten Idee Arbeitsplätze geschaffen haben
- Anforderung eines bewährten Ehrenamtlichen als Berater und Multiplikator
- Bescheinigungen über ehrenamtliche Tätigkeit

- öffentliches Lob
- einfaches Arbeitszeugnis für ehrenamtliche Tätigkeit für spätere Bewerbungen bei Unternehmen
- Anbieten von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- öffentliche Ehrungsveranstaltung (z.B. zum Abschluß eines Volunteerprojektes Überreichung einer symbolischen Erinnerung)
- Ausweis für Vergünstigungen bei öffentlichen Einrichtungen

Medienunterstützung und Öffentlichkeit

Medienunterstützung und aktive Öffentlichkeitsarbeit sollen sowohl im Sinne der Anerkennung konkreter ehrenamtlicher Aktivitäten als auch einer generellen Werbung für Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement dienen; positives Image: Betriebe und Öffentlichkeit (Verwaltung, Kommune, Politik).

Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche Tätigkeit im jeweiligen Handlungsfeld

Hier wird vor allem die Übernahme der anfallenden Kosten für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für notwendig erachtet.

Soziale und versicherungsmäßige Absicherung (Unfall, Rente, Krankheit, Pflege)

- Übernahme der Kosten für Unfall- und Haftpflichtversicherungen
- Absicherung von Risiken durch Versicherungen

Steuerliche Vergünstigungen bzw. Rentenverbesserungen für betreuende Familienangehörige

Hier sollen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, insbesondere durch Steuerreform und Gesetzesänderungen.

2.2.4 Bürgerbüro / Kontaktstelle

Das Bürgerforum Esslingen hält die Einrichtung eines Bürgerbüros im Interesse eines zu fördernden gesellschaftlichen Engagements der Bürger für dringend angeraten. Es entwickelte hierfür folgende Vorstellungen:

Aufgaben

- Information und Koordination
- Dokumentation des Bedarfs für gesellschaftliches Engagement
- Marketingaspekte nutzen
- mehr Bewußtsein für Gemeinwesen entwickeln
- Umsetzungshilfen für Anregungen und Ideen organisieren
- Kommunikation und Angebotsförderung
- mehr Menschen für Engagement durch persönliche Ansprache gewinnen

Trägerschaft

- kommunale Trägerschaft (eingebunden in finanziellen / organisatorischen Rahmen) oder auch
- unabhängige Trägerschaft

Finanzierung

- durch kommunalen Träger
- laufende Ausgaben durch Träger, Einrichtung durch Spenden und Sozialsponsoren aus der Wirtschaft, eventuell durch spendenorientierten Fonds
- Kommunale Verwaltung finanziert hauptamtliche Stelle und Bürogrundausstattung.
- Landesweite Stiftung finanziert die Bürgerbüros mit. Durch die Mischfinanzierung Stadt / Stiftung ist das Bürgerbüro nicht ausschließlich in die städtischen Ämter eingebunden und erhält sich so einen Freiraum, Neutralität und Unabhängigkeit.

Organisation

- Vorgabe eines „Basismodells“, das im Laufe der Arbeit den örtlichen Gegeben-

- heiten angepaßt wird
- zentrales, für jedermann erreichbares Bürgerbüro für die Stadt
 - Nutzung öffentlicher Räume (Schulen, Gemeindezentren, evtl. Jugendhäuser)
 - alle ortsansässigen Vereine, Gruppierungen, Projekte müssen eingebunden sein
 - übergeordnete Koordinationsstelle, die regelmäßige Treffen der verschiedenen Bürgerbüros initiiert und einen Informationspool für die Büros leitet

Leitung

- je nach Bedarf ein bis drei hauptamtliche MitarbeiterInnen mit beigeordnetem ehrenamtlichem Team mit weitgehendem Mitspracherecht und Entscheidungskompetenzen
- Miteinbeziehung der ehrenamtlich Tätigen bei der Auswahl der Kandidaten für das Hauptamt

2.2.5 Weitergehende Bürgerbeteiligung

Formen der Bürgerbeteiligung

- Direktbefragung der Bürger
- Bürgerentscheid
- Podiumsdiskussion
- Bürgerforum
- Bürger-hotline: Wo drückt der Schuh?
- Bürgersprechstunde
- Bürgerausschuß: stadtteilbezogene Einflußnahmen
- Bürgerinitiativen: themenbezogen (temporär), Unterschriftenaktion
- Volksbegehren, Unterschriftenaktion
- Meinungsumfrage

Themen für eine Bürgerbeteiligung

- Budgetverteilung in der Gemeinde
- Verkehr
- Umweltschutz

2.2.6 Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung

Aufgaben der Verwaltung und Politik

- Beseitigung struktureller Hemmnisse (Verwaltung, Entbürokratisierung)
- Fortführung und Forcierung von Volunteerprojekten
- Unterstützung von engagierten Bürgern (Initiativen sollen z.B. nicht daran scheitern, daß kein Zugang zum Kopieren besteht)
- Bereitstellung von Infrastruktur und Logistik
- Schaffung von Informations- und Koordinationsstelle, die auch aktiv an die Medien geht
- Aufnahme des Themas „gesellschaftliches Engagement“ in den Lehrplan (Schule)
Aufwertung des Bürgerengagements zur Entlastung des „Sozialsäckels“
- aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu Ehrenamt
- Fachkräfte als kompetente Ansprechpartner stellen

2.2.7 Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung

Generell ist mehr Bürgernähe, Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Das Ehrenamt muß sich von der bisherigen Organisationsorientierung hin zu einer Projektorientierung entwickeln, damit so breitere Schichten der Bevölkerung erreicht werden können.

Verbände sollen

- Innovationen zulassen
- ihre Strukturen überdenken
- Besitzstandsdenken aufgeben
- untereinander kooperieren
- Informationsfluß verbessern

2.2.8 Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte

Gegenüber den heutigen, durch TV- Stars und Werbephilosophie geprägten Wertvorstellungen der Jugendlichen müssen durch familiäre, schulische und außerschulische Erziehung Verantwortungsgefühl und Gemeinsinn wieder mehr gefördert werden.

2.2.9 Soziodemographische Teilnehmerdaten

Am Bürgerforum Esslingen nahmen insgesamt 25 Bürgerinnen und Bürger teil. Das Durchschnittsalter betrug 39 Jahre.

Schaubild 4 veranschaulicht die Verteilung der Geschlechter.

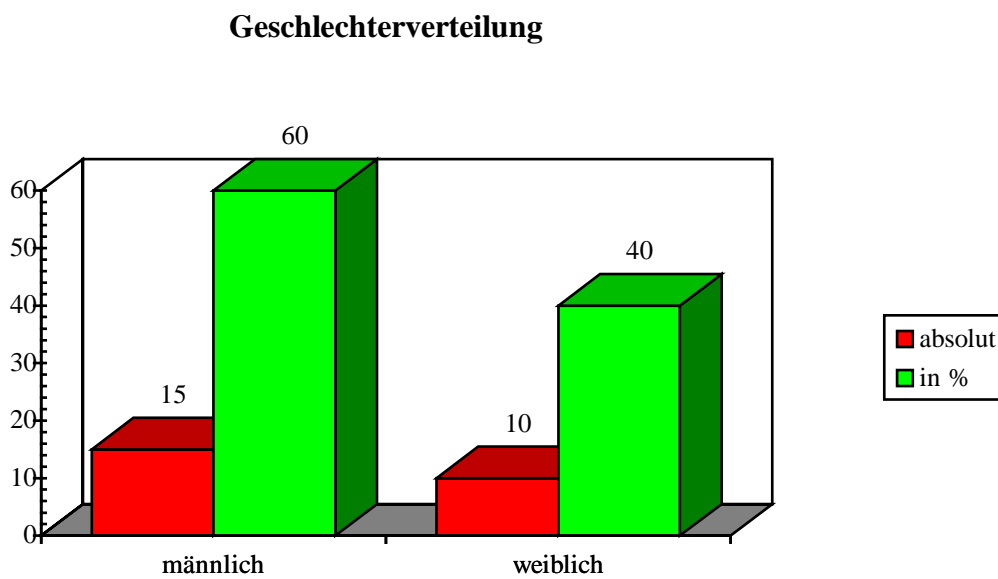


Schaubild 4

Schaubild 5 veranschaulicht die Verteilung der Altersgruppen.

Verteilung der Altersgruppen

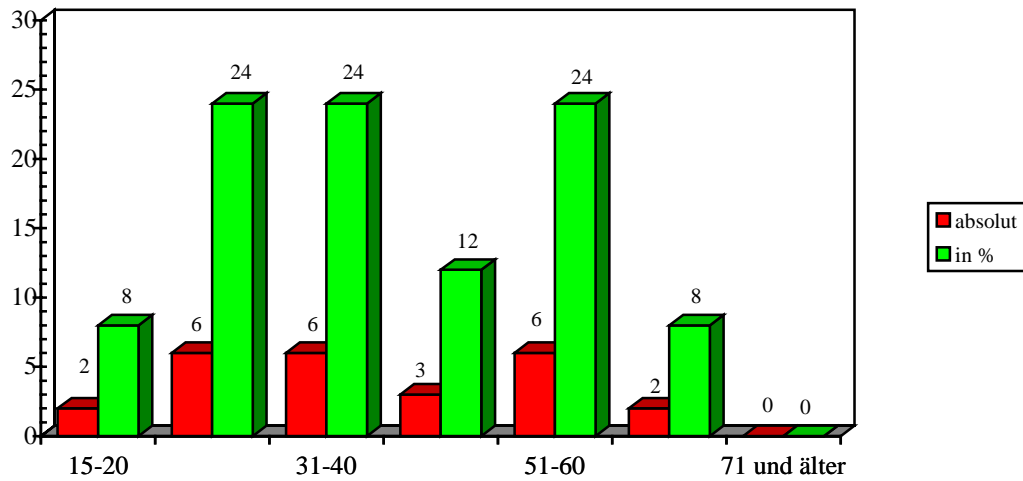


Schaubild 5

Schaubild 6 veranschaulicht die Verteilung der beruflichen Statusmerkmale.

Berufliche Statusmerkmale

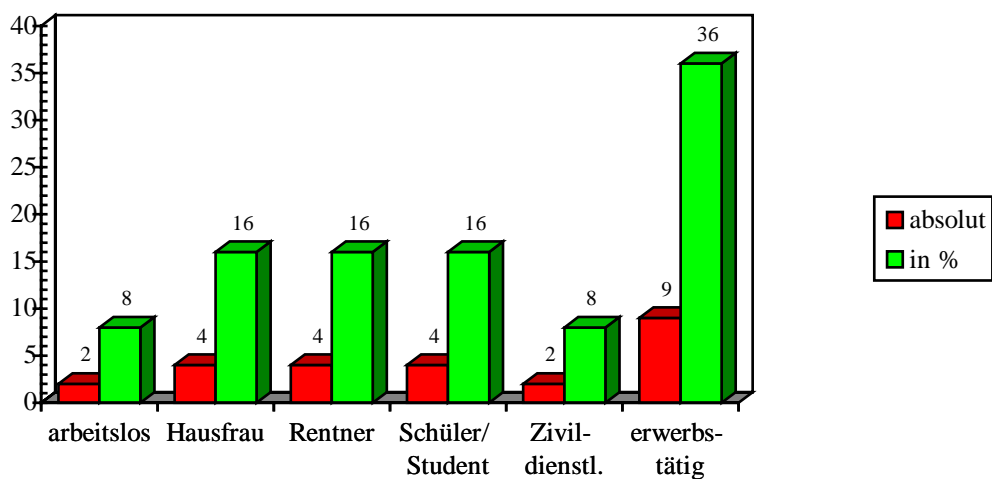


Schaubild 6

2.3 Kirchberg

2.3.1 Handlungsfelder

Als wichtigste Handlungsfelder für Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement benannte das Bürgerforum Kirchberg:

- Bürgerbeteiligung (Bürgerinitiative, 3. Welt Handel, kultureller Bereich, Friedensförderung, kommunalpolitischer Bereich, politische Parteien)
- Integration von Ausländern, Behinderten, Außenstehenden (Aussiedler, Asylsuchende, Nichtseßhafte, Behinderte)
- Kinder, Jugendliche, Alte, Familie (Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Krabbelgruppe, Kindergarten, Jugendarbeit der Kirche, Altenpflege im häuslichen Bereich, Landfrauen: Ausgleich für Frauen, Familienarbeit)
- Kirche
- klassische Sozialdienste (caritativer Bereich)
- Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfe (Essen auf Rädern, Arbeitsloseninitiative)
- Umwelt und Naturschutz (Erhaltung von Biotopen, Energieinitiative, Tierschutzinitiative, BUND Ortsgruppe, Naturschutzbund, Klimaschutz, Solaranlagen (erneuerbare Energien) AG, Müllinitiative, Landschaftspflege)
- Vereine, Freizeit und Kultur („die Fabrik“, Spielekreis, VHS, Schloßkonzert, Schützenverein, Gesangsverein, Museumsverein, alternatives Kulturzentrum, Musikverein, Theatergruppe)

2.3.2 Hemmnisse

Strukturelle Hemmnisse

- ausbleibende Wertevermittlung („im Denken ist man Idealist, im Handeln Realist“, zu viele Alternativen im Freizeitbereich, Konsumorientierung, keine Vorbilder in der Gesellschaft, viele Negativvorbilder)
- Bürokratie (Abwehrhaltung von Behörden, Paragraphendschongel, Amtsschimmel)
- ineffiziente Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (keine Transparenz, Motivation und Ansprache von bereits ehrenamtlich Tätigen fehlt, Fehlen allgemeiner Informationsquellen und fachlicher Hilfestellung)
- unklarer rechtlicher Rahmen (Haftpflicht / Unfallversicherung?, Grundstücke: Nachweise für Vereinsbesitz fehlt)

Personenbezogene Hemmnisse

- Beanspruchung durch Familie und Beruf (Zeitmangel aus Überlebensgründen, unregelmäßige Arbeitszeiten, für Kinder muß gesorgt sein - deshalb Babysitter, der Geld kostet, Zeitmangel wegen Studium)
- diffuse Ängste (Erwartungshaltung an die anderen, Vetternwirtschaft - politische und wirtschaftliche Vernetzung, mangelndes Selbstbewußtsein, Angst vor Kritik, Angst vor übler Nachrede, Streß durch Reibungspunkte, Ohnmacht - oft zu starke Gegeninteressen)
- Gesundheit
- mangelnde organisatorische und finanzielle Unterstützung (zusätzliche finanzielle Belastung durch Bürgerengagement, z.B. Anzeigen, Telefonate, etc., Frustration durch frühere Ehrenämter, viel Kritik und mangelnde Unterstützung von allen Seiten, schlechte Zusammenarbeit, Kündigung von Festangestellten - Ehrenamtliche sind billiger Ersatz, Bedarfsgutachten o.ä. für Tagespflegestätte, Ladeneröffnung, Kinderladen, keine Unterstützung für Jugendprojekt: keiner im Gemeinderat / Bürgermeisteramt fühlte sich ver-

antwortlich, kein Zuschuß von Gemeinde für Kindergartenbau (weigerte sich trotz gesetzlicher Regelung zu zahlen), Initiative für Schwimmbad: lange Vorlaufzeit von Verein: Teil- Gemeinde möchte Folgekosten nicht übernehmen)

- Scheu vor langfristigen Verpflichtungen
- unzureichende soziale Anerkennung (Ehrenamtliche werden von Hauptamtlichen nicht ernstgenommen, Ehrenamtliche haben das Gefühl, von Hauptamtlichen ausgenutzt zu werden, keiner möchte ein „dummer Idealist“ sein, Demotivation durch abschreckende Beispiele von Vereinsmeierei)

2.3.3 Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement

Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement sollen sozial aufgewertet werden. Demjenigen, der sich engagiert, sollen keine Nachteile daraus entstehen. Im einzelnen werden als Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamts ausgeführt:

Anerkennung durch

- Änderung hergebrachter Strukturen in Politik, Verbänden und Medienberichterstattung (Bessere Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten in der Familie, Hauptamtliche unterstützen Ehrenamtliche, Anerkennung denen zeigen, die etwas tun)
- Zahlung einer Aufwandsentschädigung (Aufwandsentschädigung, Fahrtkostenerstattung bei Altenbetreuung, finanzielle Unterstützung z.B. Telefon, Fahrtkosten, Fahrzeuge, Räume, Werbung)
- Wirtschaft, Arbeitgeber (Berücksichtigung sozialen Engagements bei Ausbildung, Arbeitsplatzfindung und Arbeitsplatzertalt, Know-how zur Verfügung stellen - Informationen, Managementwissen, berufliche Freistellung, im Arbeitsvertrag einige Stunden für Engagement freistellen, Arbeitszeitverkürzung, Abbau von Überstunden zugunsten Ehrenamt)

Einführung eines Belohnungs- und Zertifizierungssystems

Vorteile:

- Motivation
- Vorteile bei öffentlicher Vergabe
- kein eigener finanzieller Aufwand
- Qualifikation durch Bescheinigung über ein Ehrenamt
- mehr öffentliche Anerkennung, pauschal (in der Gemeinde)
- mehr Anerkennung durch Auszeichnungen

Nachteile:

- Zeitaufwand für Bescheinigungen
- Skepsis, daß Belohnungen und Bescheinigungen genügend Anreize bieten, Ehrenamt zu fördern

Konkrete Belohnungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten

- Bescheinigung über erworbene Fähigkeiten
- „Ehrenamtsausweis“ für verbilligten Eintritt in Freizeitparks, Museen etc.
- günstigere Monatskarte
- mit Bescheinigung freie Fahrkarte für öffentliche Verkehrsmittel
- Eintrag im Schulzeugnis
- auch nachträglich für ältere Frauen ohne Rentenanspruch eine Familientätigkeit anerkennen
- mehr Anerkennung durch Presseveröffentlichungen
- Blumenstrauß, kleine Geschenke
- Fortbildung, Schulung

(Offene Frage: Wer soll / kann Bescheinigungen ausstellen?)

Medienunterstützung und Öffentlichkeit

Aufwertung des Ehrenamts in der Öffentlichkeit, insbesondere gesellschaftliche Anerkennung und Förderung der Familienarbeit

Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche Tätigkeit im jeweiligen Handlungsfeld

Soziale und versicherungsmäßige Absicherung (Unfall, Rente, Krankheit, Pflege)
(rechtliche Absicherung, Haftung, Unfall)

Steuerliche Vergünstigungen bzw. Rentenverbesserungen für betreuende Familienangehörige (Steuerfreibetrag für ehrenamtliche und gemeinnützige Tätigkeit, Anrechnung auf die Rente, Anerkennung von mehr Erziehungsjahren für Rente, Steuererleichterungen, Lastenausgleich für Familien, Rentenanspruch)

2.3.4 Bürgerbüro / Kontaktstelle

Aufgaben

- Anlauf- und Beratungsstelle in der Gemeinde
- zentrale Anlaufstelle für Arbeitslose zur Unterstützung und Stärkung des Selbstbewußtseins des Arbeitslosen
- Koordination und Vermittlung zwischen unterschiedlichen Akteuren und Interessen
- Information und Kommunikation
- Kontaktadressen von Experten bereithalten
- Beratung, Information und Schulung der Ehrenamtlichen

Trägerschaft

- Gemeinde oder Kreis oder Land Baden-Württemberg
oder
- unabhängige Stiftung oder Verein

Finanzierung

- öffentliche Zuschüsse von Land, Kreis und Gemeinde in Verbindung mit
- Stiftung und Sponsoren

Organisationsmodell

Ortsbezogene Lösung durch die Kommune im Rahmen einer landeseinheitlichen Grundkonzeption

Leitung

- mindestens ein Hauptamtlicher, sonst Ehrenamtliche
- kein Beschäftigungsverhältnis mit Träger wegen der Unabhängigkeit zwei Stellen Sozialarbeiter für Organisation und Koordination, eine Stelle fachlich
- bezogen (Jugend, Arbeitslose, Altenpflege, Umsiedler: je ¼ Stelle)
- Beauftragten- Modell: Hauptamtlicher im Kreis Schwäbisch Hall, ihm zugeordnet sind Ehrenamtliche für ortsbezogene Probleme, bezahlt durch das Land Baden-Württemberg

2.3.5 Weitergehende Bürgerbeteiligung

Formen der Bürgerbeteiligung

- Bürgerforen
- Bürgerentscheid
- Volksentscheid (Erleichterung)
- Meinungsumfragen
- Beiräte bei Entscheidungsträgern

Themen für Bürgerbeteiligung

- Verkehr
- Energie
- Bauwesen
- Gesundheit
- Umwelt
- Schule und Ausbildung
- Stadtplanung und Siedlungspolitik

2.3.6 Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung

- Praktika für Jugendliche/ Arbeitslose
- Vorbildfunktion - sich verschlanken
- Rahmenbedingungen schaffen zur Arbeitslosenförderung: Abbau von Überstunden zugunsten Arbeitsloser
- Entflechtung von Politik und Wirtschaft
- Betreuung und Beaufsichtigung von Spielplätzen, Sportplätzen, Spielstraßen usw. durch Arbeitslose, die vorher weitergebildet und über die Aufgaben aufgeklärt wurden
- Räume / Transportmöglichkeit / Infrastruktur vom Staat / von Kommune
- finanzielle Förderung des freiwilligen sozialen Jahres (für Aktivierungs- und Beschäftigungsbereiche, z.B. etwas vorlesen, einkaufen, usw.)
- Information von Jugendlichen, Kindern, zugezogenen Familien über Möglichkeiten, was sie machen können, z.B. Vereine, Freizeitangebote, Treffpunkte
- mehr soziale Erziehung in der Schule
- Entlastung der Familien durch Krabbelgruppen etc.
- organisatorische Unterstützung durch die Verwaltung, Berater für Vereine
- mehr und bessere Unterstützung für Initiativen, die von betroffenen Bürgern ausgehen
- projektbezogene finanzielle Zuwendung

2.3.7 Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung

- Ehrenamt auf Zeit
- Gespräche zwischen Wirtschaft, Politik und Bürgern
- schriftliche Benachrichtigung von der Institution direkt an den Arbeitgeber zwecks Freistellung

- Förderung Kooperation Schule - Verein
- klare und verbindliche Absprachen

2.3.8 Soziodemographische Teilnehmerdaten

Am Bürgerforum Kirchberg nahmen insgesamt 27 Bürgerinnen und Bürger teil. Das Durchschnittsalter betrug 43 Jahre.

Schaubild 7 veranschaulicht die Verteilung der Geschlechter.

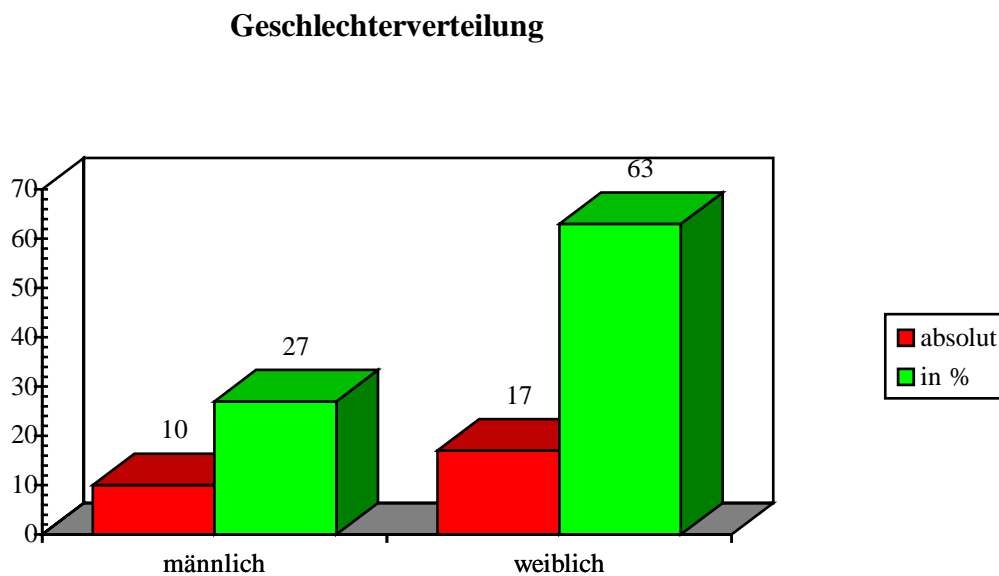


Schaubild 7

Schaubild 8 auf der folgenden Seite veranschaulicht die Verteilung der Altersgruppen.

Verteilung der Altersgruppen

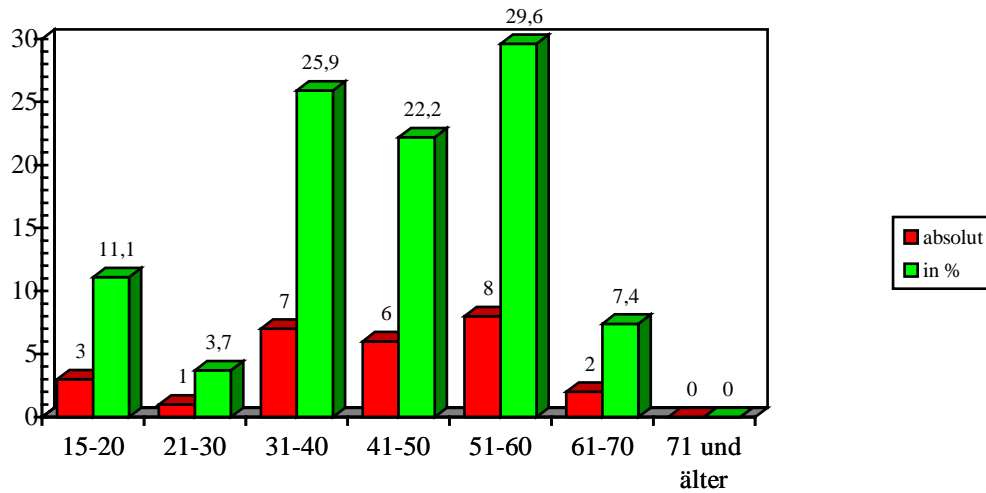


Schaubild 8

Schaubild 9 veranschaulicht die Verteilung der beruflichen Statusmerkmale.

Berufliche Statusmerkmale

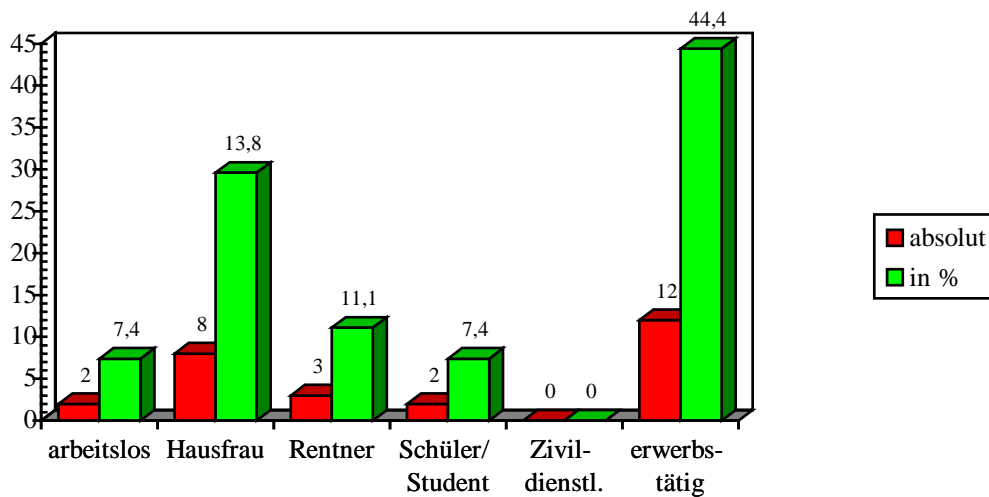


Schaubild 9

2.4 Mannheim

2.4.1 Handlungsfelder

Als wichtigste Handlungsfelder für Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement benannte das Bürgerforum Mannheim:

- Bürgerbeteiligung (in Gewerkschaften, Engagement in der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen, Mitarbeit in Parteien, freie Stadtteilgruppen, Stadtteilarbeit als Grundlage für weitergehende Politik, Mitarbeit bei kirchlichen, öffentlichen und privaten Organisationen)
- Hilfs- und Rettungsdienste (Notfalldienste und Katastrophenhilfe, Ferienaufenthalte für Tschernobyl-Kinder)
- Integration von Ausländern, Behinderten, Außenstehenden (Ausgrenzung gesellschaftlicher Randgruppen (z.B. Behinderte, Ausländer) vermeiden und Integration fördern)
- Kinder, Jugendliche, Alte, Familie (Freizeitangebot für die Jugend, Jugendarbeit, Erziehung, Bildung als Grundlage für das Lernen sozialen Verhaltens, Hilfestellung für Alleinerziehende, Altenbetreuung)
- klassische Sozialdienste (Caritas, Diakonie)
- Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfe
- Umwelt und Naturschutz
- Vereine, Freizeit und Kultur (Kultur- und Brauchtumsförderung, Fördervereine in Schulen, Sportvereine)

2.4.2 Hemmnisse

Strukturelle Hemmnisse

- ausbleibende Wertevermittlung (Mangel an Vorbildern, Wandel der Wertevorstellung, schlechte Gestaltungsmöglichkeiten durch Sprunghaftigkeit der Jugendlichen, Freizeit- und Konsumgesellschaft, Medienkultur, TV, Internet)
- Bürokratie, Vereinsstrukturen (fehlende Kompetenz an der Spitze der Organisation, verfestigte Strukturen, verfestigter 'innerer Kern', Querelen zwischen Vereinen)
- ineffiziente Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (zu wenig Anlaufstellen und Information, keine Transparenz, keine persönliche Ansprache, kein konkretes Angebot, fehlende persönliche Ansprechpartner, fehlende Offenheit für Interessierte)
- unklarer rechtlicher Rahmen

Personenbezogene Hemmnisse

Als individuelle, auf die eigene Person bezogene Hinderungsgründe für ein persönliches gesellschaftliches Engagement wurden vor allem genannt:

- Beanspruchung durch Familie und Beruf (Zeitmangel, private Verpflichtungen / Familie, Angst vor Vernachlässigung der eigenen Familie, Verlust der Flexibilität, berufliche Nachteile / Druck - Karriere und Einkommen leiden durch Mitarbeit in THW, freiwilliger Feuerwehr, Gewerkschaften, Rollenverteilung: zunehmende Berufstätigkeit beider Partner, Bürgerengagement ist abhängig von aktueller Lebenssituation: Alter, Familienstand, Wohnlage)
- Bequemlichkeit (persönliche Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit)
- diffuse Ängste (Berührungängste, Angst vor Ärger, vor Ausnutzung, vor Institutionen, Kontaktarmut, Angst, nicht respektiert zu werden, Gefahr der Verzettelung)

- empfundener Informationsmangel (fehlende oder zu wenige Informationen, Angebot nicht konkret genug, kein passender Einstieg)
- mangelhafte organisatorische und finanzielle Unterstützung (mangelnde Freistellung durch Arbeitgeber, in Baden-Württemberg Widerspruch: Jugendleiterfortbildungsgesetz und Praxis (Freistellungen))
- Scheu vor langfristigen Verpflichtungen (Verbindlichkeit, 'Ewigkeitsanspruch')
- unzureichende soziale Anerkennung (keine Anerkennung im Verein)

2.4.3 Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement

Ganz allgemein wird postuliert, daß Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement sozial aufgewertet werden müssen. Demjenigen, der sich engagiert, sollen keine Nachteile daraus entstehen. Im einzelnen werden als Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamts ausgeführt:

Anerkennung durch

- Änderung hergebrachter Strukturen in Politik, Verbänden und Medienberichterstattung (öffentliche Anerkennung stärken, Strukturen verbessern, Vorbildfunktion von Politikern, unterschiedliche gesellschaftliche Akzeptanz bei bestimmten Ehrenämtern, z.B. Kirche/ Sport)
- Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Arbeitsplatzfindung und -erhalt
- Wirtschaft, Arbeitgeber (Sponsoring ausgewählter Projekte, finanzielle Unterstützung, Schirmherrschaft, Überzeugungsarbeit leisten: Mitarbeiter erwerben neue Qualifikation und soziale Fähigkeiten, Mitarbeiter für Engagement freistellen, Ausgleich von Verdienstausschlag, Herausstellung von engagierten Mitarbeitern in Betriebszeitungen)
- Zahlung einer Aufwandsentschädigung (Auslagenersatz, wenn notwendig: je nach sozialer Bedürftigkeit, inkl. Versicherungen)

Einführung eines Belohnungs- und Zertifizierungssystems

Vorteile:

- Motivationsschub für Engagierte
- Anreiz für Engagement
- Kompetenz und Qualifikation für Person, Beruf, ehrenamtliche Tätigkeit

Nachteile:

- Engagement nur für die Belohnung
- erhöhter Verwaltungsaufwand
- Erwartungshaltung

Konkrete Belohnungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten

- Steuererleichterungen als Aufwandsausgleich
- Bescheinigung für Fahrten zur Steuererleichterung
- Empfänge und Ehrungen durch öffentliche Stellen
- Anrechnung Rentenanwartschaft (Schwelle), ähnlich wie Soziales Jahr, Bundeswehr, Zivildienst
- Freifahrten ÖPNV
- Freikarten für Kino, Oper, Schwimmbad, etc.
- „Ehrenamtsticket“ oder Bonusheft (unentgeltliche oder vergünstigte Nutzung öffentlicher Einrichtungen)
- Zeittauschbörsen (nicht 1 : 1)
- standardisiertes Zeugnis / Bescheinigungen über Umfang, Dauer und Inhalt der Tätigkeit, erworbene Qualifikationen
- Neubewertung von Nichterwerbsarbeit (z.B. Zeitkonten, Erziehungszeiten)

Medienunterstützung und Öffentlichkeit

- Aufklärung durch TV- Werbung u.a. Medien
- Publikation von Veranstaltungen

Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche Tätigkeit im jeweiligen Handlungsfeld

- Qualifizierung durch Schulung und Training
- Ausbildung in Kommunikation und Verhaltenstraining

Soziale und versicherungsmäßige Absicherung (Unfall, Rente, Krankheit, Pflege)

- Unfall-, Haftpflichtversicherung für alle Engagierten
- preiswerte Versicherungen auch für wenig organisierte Gruppen

Steuerliche Vergünstigungen bzw. Rentenverbesserungen für betreuende Familienangehörige

- Anrechnung von Rentenanwartschaften und Erziehungszeiten
- Steuerentlastung für Bürger, die aktiv dem Gemeinwohl dienen

2.4.4 Bürgerbüro / Kontaktstelle**Aufgaben**

- Sammeln von Informationen
- Info-Börse
- Mitmachbörse
- Ehrenamtliche beraten und vermitteln
- Öffentlichkeitsarbeit
- Kontaktpflege

Trägerschaft

- öffentliche Hand / Kommune
- Kommune und Verbände

Finanzierung

- Personalkosten durch Kommune
- Sachkosten: Bereitstellung mietfreier Räume durch Stadt, durch Spenden, Beiträge, Sponsoring der Wirtschaft
- Mischfinanzierung Kommune / Land / Verbände

Organisation

- Landeseinheitlicher Organisationsrahmen
- Anpassung an örtliche Begebenheiten
- Vernetzung der Bürgerbüros im Land
- Schnittstellenfunktion in Kooperation mit den Verbänden und Verwaltung
- enge Kooperation mit städtischen Stellen

Leitung

- hauptamtliche Leitung, von der Stadt bezahlt,
oder
- ehrenamtliche Leitung, die von den Bürgern gewählt wird

2.4.5 Weitergehende Bürgerbeteiligung

Formen der Bürgerbeteiligung

- Bürgeranhörung
- Bürgerentscheid
- Volksbefragung
- Bezirksbeiräte
- Bürgerforen
- Sammlung von Meinungsbildern durch 'Meckerkasten'

Themen für eine Bürgerbeteiligung

- Steuern
- Renten
- Ordnung / innere Sicherheit
- Arbeitsmarkt
- Maßnahmen, die die Bürger in der Lebensqualität beeinflussen oder betreffen (z.B. Ortsumgehungsstraße, Substanzerhaltung Gebäude, etc.)

2.4.6 Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung

- Stellenwert des Ehrenamtes erhöhen, keine Mittelkürzungen
- Schirmherrschaften übernehmen
- Ansprechpartner schaffen
- Schule: vorhandenes Engagement (Eltern) anwerben
- Ausbau der Hausaufgabenbetreuung
- verwaltungsmäßige Unterstützung von Patenschaften für Spielplätze, Bach-, Flußufer, Waldstücke
- Unterstützung durch Lehrerschaft
- Zurverfügungstellen von Räumen
- vereinfachte Gesetze und Verfahren für Initiativen

2.4.7 Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung

- bessere Koordination und Kooperation der Verbände und Aktivitäten
- Verwaltung: schneller und spontaner unbürokratisches bürgernahes Verhalten zeigen
- aktive und umfassende Öffentlichkeitsarbeit
- Verbindung von Bildungs- und Stadtteilarbeit
- Vernetzung: Vermittlung von Angebot und Nachfrage als Hilfestellung
- Verbindung von Verwaltung und Netzwerken: Miteinander statt gegeneinander
- flexible Arbeitszeiten
- mehr Möglichkeiten für kurzfristiges Engagement (ohne Mitgliedschaft, etc.)

2.4.8 Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte

- Vorbild sein durch beispielgebendes Handeln
- Werteschulung in Erziehung, Schule, Ausbildung
- Betroffenheit und Motivation wecken durch nachbarschaftliche Gespräche
- gesamtgesellschaftlicher Moralkonsens

2.4.9 Soziodemographische Teilnehmerdaten

Am Bürgerforum Mannheim nahmen insgesamt 22 Bürgerinnen und Bürger teil. Das Durchschnittsalter betrug 47 Jahre.

Schaubild 10 veranschaulicht die Verteilung der Geschlechter.

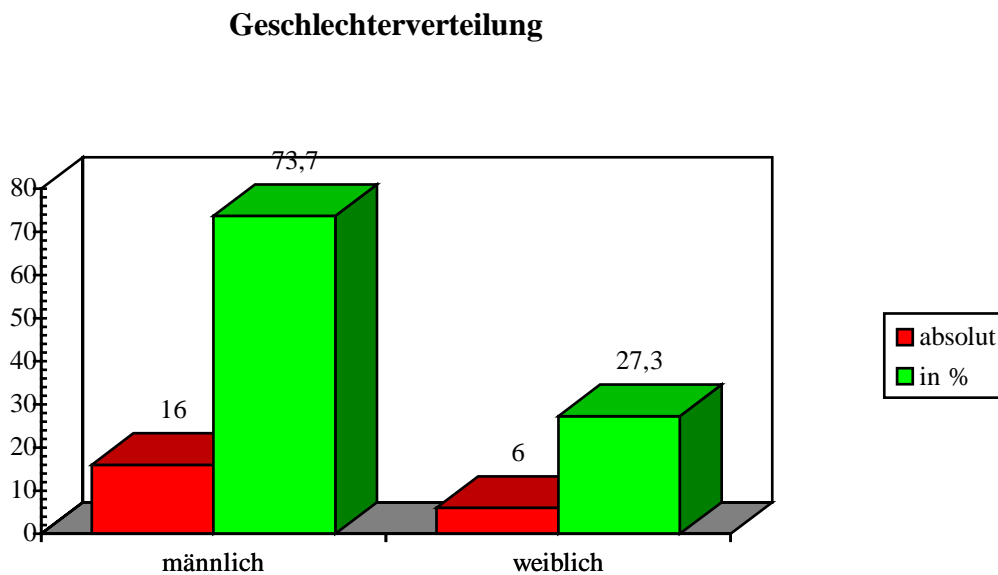


Schaubild 10

Schaubild 11 veranschaulicht die Verteilung der Altersgruppen.

Verteilung der Altersgruppen

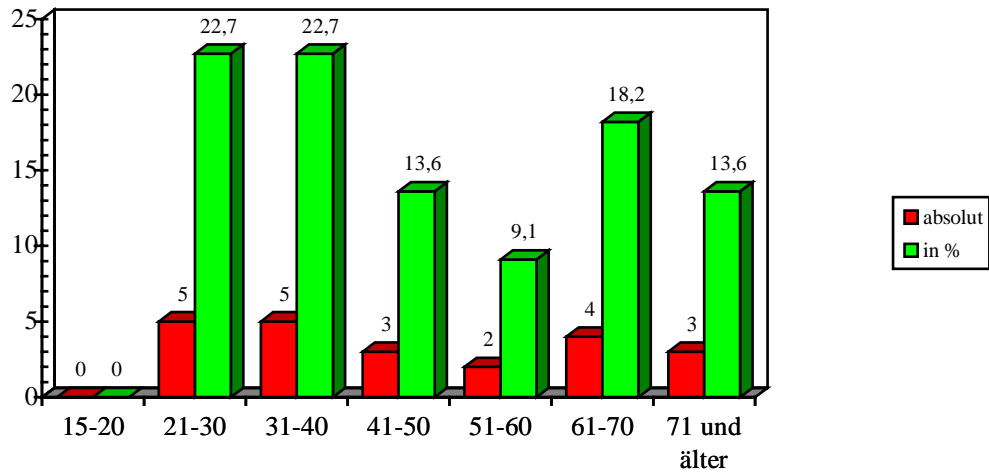


Schaubild 11

Schaubild 12 veranschaulicht die Verteilung der beruflichen Statusmerkmale.

Berufliche Statusmerkmale

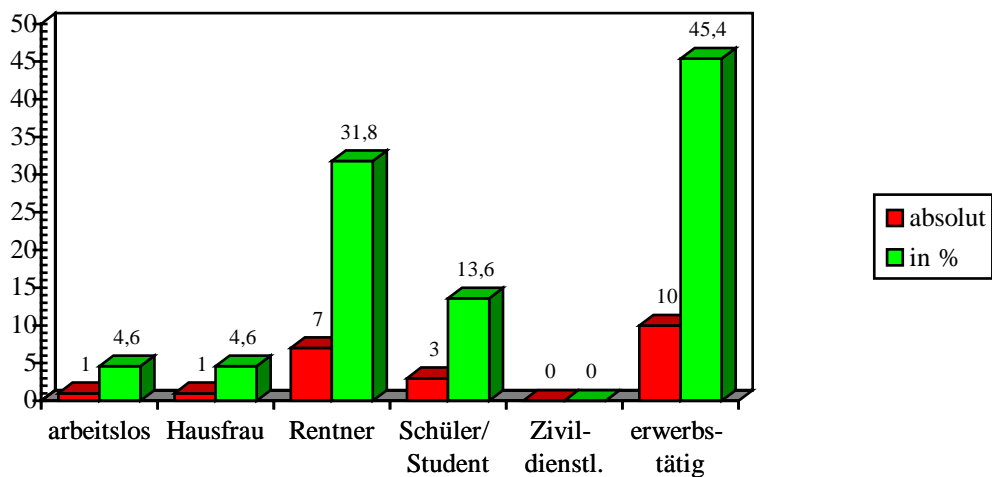


Schaubild 12

2.5 Offenburg

2.5.1 Handlungsfelder

Als wichtigste Handlungsfelder für Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement benannte das Bürgerforum Offenburg:

- Bürgerbeteiligung (Bürgervereinigung, Interessengemeinschaft, Stadtteilkonferenzen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaft)
- Hilfs- und Rettungsdienste (Polizei, Feuerwehr, Rotes Kreuz)
- Integration von Ausländern, Behinderten, Außenstehenden (Drogenhilfe, Suchthilfe, Aidshilfe, Obdachlose, Lebenshilfe, Verständigung zwischen den Kulturen, Strafgefangenenhilfe)
- Kinder, Jugendliche, Alte, Familie (Kinder- und Jugendarbeit, Austausch für ausländische Kinder, Pfadfinder, Frauenhaus, Seniorenkreis in Krankenhaus, Altenpflege, Seniorenbüro (22 einzelne Projekte), Altencafe)
- klassische Sozialdienste (psychosoziale Dienste, caritativer Bereich)
- Umwelt und Naturschutz (Einflußnahme Flugplatz 'Lahr', Stadtwaldtrasse)
- Vereine, Freizeit und Kultur (Sportvereine, Kultur, Ausrichtung von Stadtfesten, Bürgerfrühstück, 'Die Brücke', Stadtführungen)

2.5.2 Hemmnisse

Strukturelle Hemmnisse

- Bürokratie (bürokratische Schwierigkeiten, organisatorische Hürden, 'Zwangsjacke' des Staates)

- ineffiziente Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (fehlende Angebote, keine gezielte Anfrage durch Verwaltung, zu wenig Informationen über relevante Verbände)

Personenbezogene Hemmnisse

Als individuelle, auf die eigene Person bezogene Hinderungsgründe für ein persönliches gesellschaftliches Engagement wurden vor allem genannt:

- Beanspruchung durch Familie und Beruf (Restriktionen / Konflikte in der Familie, zeitliche Schwierigkeiten, persönliche Ziele sind wichtiger, z.B. Studium)
- Bequemlichkeit (Motivationsmangel, innere Trägheit, Gleichgültigkeit, paßt nicht zu mir)
- diffuse Ängste (Berührungsängste, Hemmungen, Angst vor Neuem, Angst vor unangenehmen Aufgaben, persönliche Überforderung und seelische Belastung durch Meinungsverschiedenheiten, sind nur qualifizierte Leute gefragt?, ist Fachwissen erforderlich?)
- empfundener Informationsmangel
- mangelnde organisatorische und finanzielle Unterstützung (keine Freistellung, fehlende Räume, Finanzen, Resignation)
- Scheu vor langfristigen Verpflichtungen
- unzureichende soziale Anerkennung (fehlende Anerkennung, soziale Geringschätzung)

2.5.3 Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement

Ganz allgemein wird postuliert, daß Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement sozial aufgewertet werden müssen. Demjenigen, der sich engagiert, sollen keine Nachteile daraus entstehen. Im einzelnen werden als Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamts ausgeführt:

Anerkennung durch

- Änderung hergebrachter Strukturen in Politik, Verbänden und Medienberichterstattung (administrative Hürden abbauen, Gleichbehandlung von organisierter und nichtorganisierter ehrenamtlicher Tätigkeit, Einzelaktivitäten von (unabhängigen) Ehrenamtlichen stärken durch bessere Rahmenbedingungen, mehr Lob, mehr Motivation durch neuen Begriff „freiwillige Bürgerarbeit“, mehr Motivation durch strukturelle Verbesserung, dadurch bessere Beteiligungsmöglichkeit)
- Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Arbeitsplatzfindung und -erhalt (Möglichkeiten für Arbeitslose schaffen, Motivation durch die Möglichkeit eines Übergangs vom Ehrenamt zum Hauptamt durch Schulung, Kennenlernen neuer Berufsfelder für Jugendliche, kein Arbeitsplatzabbau als Folge gesellschaftlichen Engagements)
- Wirtschaft, Arbeitgeber (Wirtschaft als Partner, bezahlte / unbezahlte Freistellung, Obulus durch Betriebe: Finanzierung der Freistellung von Ehrenamtlichen durch Betriebe, Sponsoring)
- Zahlung einer Aufwandsentschädigung

Belohnungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten

Diejenigen Institutionen, in denen ehrenamtliche Tätigkeit geleistet wird (Vereine, Verbände, Initiativen), sollten bei bedeutsamen Anlässen - wie z.B. einer Jahreshauptversammlung - ein „öffentliches Dankeschön“ aussprechen. Hierzu soll auch eine Pressemitteilung erfolgen.

Zertifikate bzw. Urkunden zur Vorlage in Betrieben (Bewerbungsgespräche) werden als sinnvoll angesehen. Die Schriftstücke sollten landeseinheitlich gefaßt sein. Der Gebrauch dieser Dokumente muß dem/der jeweiligen Inhaber/in überlassen werden.

„Belohnung statt Entlohnung“ - jedoch muß das Belohnungssystem deutlich verbessert werden: Freifahrten im ÖPNV, Freikarten für kulturelle Veranstaltungen, öffentliche Schwimmbäder usw.

Konkrete Belohnungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten

- Konzert und Theaterkarten
- Monatskarten für ÖPNV, kostenlose Nutzung öffentlichen Nahverkehrs
- freier Eintritt für Schwimmbäder, insbesondere für Begleitpersonen
- Helferfest
- freie Parkmöglichkeiten für Helfer
- Gutscheine
- Blumen
- aufgabenbezogene Nutzung von städtischen Fahrzeugen bzw. Werkzeugen
- öffentliche Ehrungen
- Eine Ehrenbürgerschaft auf Zeit (ca. 3 bis 5 Jahre) könnte - beispielsweise auf Neujahrsempfängen - verliehen werden. Diese sollte dieselben Rechte wie die herkömmliche Ehrenbürgerschaft beinhalten. Als Symbole kämen Anstecknadeln des Landes in Frage.

Medienunterstützung und Öffentlichkeit (Anerkennung und positives Image durch Presse, besseres Image von Sozialleistungen, Vorbildfunktion von Wirtschaftsbossen, etc.)

Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche Tätigkeit im jeweiligen Handlungsfeld (Qualifizierung, Schulung, Nutzen in späterem Beruf und Leben, Fortbildung, Vorträge, Seminare, Weitergabe von Wissen und Kompetenz)

Soziale und versicherungsmäßige Absicherung (Unfall, Rente, Krankheit, Pflege)
(soziale und versicherungsmäßige Absicherung bei Unfall, Rechtsschutz für Haftung, Haftpflicht, Rechtsberatung, Absicherung im Schadensfall)

Steuerliche Vergünstigungen bzw. Rentenverbesserungen für betreuende Familienangehörige (Anerkennung von Ehrenamtzeiten für Rentenanspruch, Steuererleichterungen sinnvoll)

2.5.4 Bürgerbüro / Kontaktstelle

Trägerschaft

Träger soll eine Stiftung sein.

Finanzierung

Vorab: Es sollte stets geprüft werden, ob eine Kooperation mit bereits bestehenden sozialen Einrichtungen möglich ist (beispielsweise mit Seniorenbüro).

Folgendes Modell wird favorisiert:

Das Bürgerbüro als Stiftung des Landes Baden-Württemberg. Aus den Landesmitteln wird die Grundversorgung gewährleistet; dies garantiert Unabhängigkeit und Neutralität. Zusätzliche Einnahmequellen sind anzustreben, um die Aktivitäten zu erweitern, z.B. durch:

- a) Spendeneinnahmen
- b) Patenschaften für soziale Bereiche durch Firmen
- c) Überschußbeteiligung an Stadtfesten
- d) „Bürgerbackstein“: Bürger kaufen einen symbolischen Mini-Backstein für DM 5,-- zur Finanzierung des Gebäudes

Organisation

Die Organisation muß im Prinzip landesweit einheitlich sein, jedoch auch regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Die Gruppe empfiehlt einen „Probelauf“ (Pilotprojektphase) über einen Zeitraum von zwei Jahren. In dieser Zeit erfolgt ein Erfahrungsaustausch mit anderen Bürgerbüros. Nach zwei Jahren wird das Pilotprojekt - u.a. von den Kuratoren - gründlich evaluiert

Leitung

Leiter/in ist eine hauptamtliche Person. Sie wird unterstützt durch ehrenamtlich Tätige. Die Anzahl von hauptamtlich Tätigen ist abhängig von der betroffenen Einwohnerzahl.

2.5.5 Weitergehende Bürgerbeteiligung

Formen der Bürgerbeteiligung

- Bürger in Fachausschüssen und beratenden Gremien
- Einbindung der Bürger in Beschlußfassung
- Bürgerentscheid
- Bürgergremium mit Stimmrecht für begrenzten Zeitraum
- sachkundige und betroffene Bürger sollten projektbezogen mit Stimmrecht in Entscheidungsprozeß einbezogen werden
- Bürger sollten mit Unterstützung von Fachleuten zu bestimmten Problemen Lösungsvorschläge erarbeiten

Themen für eine Bürgerbeteiligung

- öffentlicher Dienst
- Gebührenerhöhung
- Politik

2.5.6 Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung

- Lockerung der Auflagen für Vereine
- finanzielle Unterstützung der Projekte
- verwaltungsmäßige Unterstützung von Patenschaften
- Tag des Ehrenamts
- regelmäßige Veröffentlichung von Aktionsbörsen
- mehr Beratung, Fortbildung
- Eine Modifizierung des Arbeitsförderungsgesetzes dahingehend, daß Arbeitslose mehr als 15 Stunden pro Woche ehrenamtlich arbeiten dürfen, ohne daß daraus persönliche

Nachteile entstehen. Gewünscht wird eine gesetzliche Regelung über eine Freistellung ehrenamtlich Tätiger analog zum öffentlichen Dienst.

2.5.7 Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung

- bessere Kommunikation (Gemeinde). Beispiel Seelbach: Bürgermeister spricht Bürger an
- Erfahrungsaustausch und Vernetzung von ehrenamtlichen Tätigkeiten
- Klärung von Zuständigkeiten: Wer macht was? Wer ist Ansprechpartner?
- Konkurrenzvermeidung ‘Hauptamtliche gegen Ehrenamtliche’
- Transparenzerhöhung von ehrenamtlichen Institutionen
- Verbandsvorstände mit befristeten Amtszeiten - Teamarbeit, Rotationsprinzip
- Tätigkeit darf nicht langfristig sein
- neues Ehrenamt muß zeitlich und inhaltlich überschaubar sein
- bessere Information zu Mitwirkungsmöglichkeiten
- direkte Ansprache geeigneter Personen
- Praktikum, Schnuppertage

2.5.8 Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte

- Erziehung zu mündigen Bürgern
- Jugendliche stärker in die Verantwortung führen
- Die gesellschaftliche Früherziehung muß weiter verbessert werden. Dies gilt in erster Linie für die Behandlung von „Ehrenamtlicher Tätigkeit“ in der Schule: Fragen nach geeigneten Vorbildern, Idolen usw. müssen sorgfältiger behandelt werden.

2.5.9 Soziodemographische Teilnehmerdaten

Am Bürgerforum Offenburg nahmen insgesamt 19 Bürgerinnen und Bürger teil. Das Durchschnittsalter betrug 45 Jahre.

Schaubild 13 auf der folgenden Seite veranschaulicht die Verteilung der Geschlechter.

Geschlechterverteilung

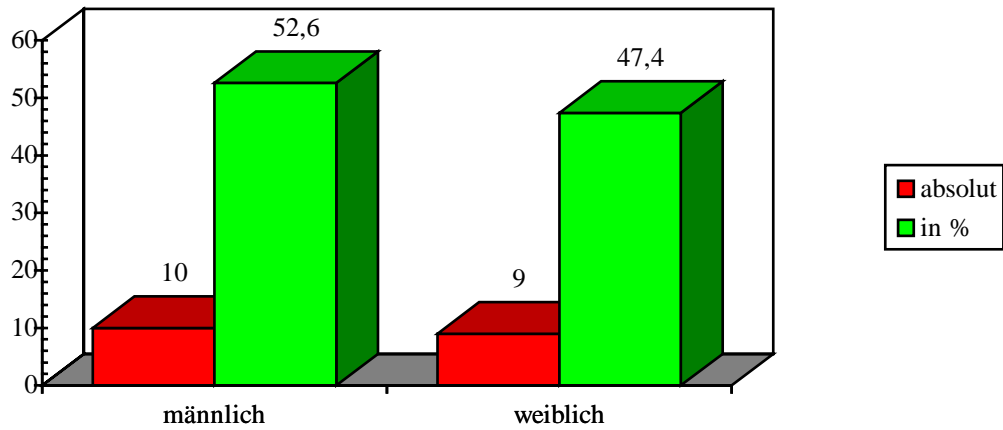


Schaubild 13

Schaubild 14 veranschaulicht die Verteilung der Altersgruppen.

Verteilung der Altersgruppen

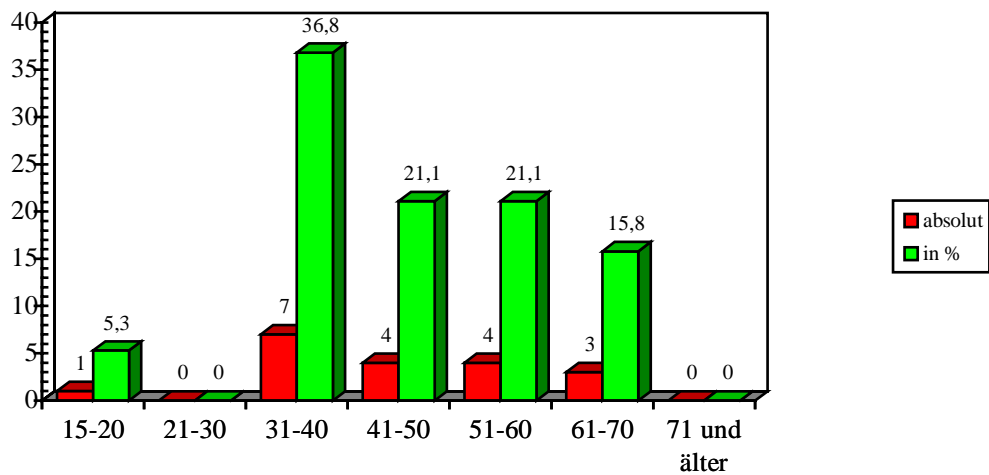


Schaubild 14

Schaubild 15 veranschaulicht die Verteilung der beruflichen Statusmerkmale.

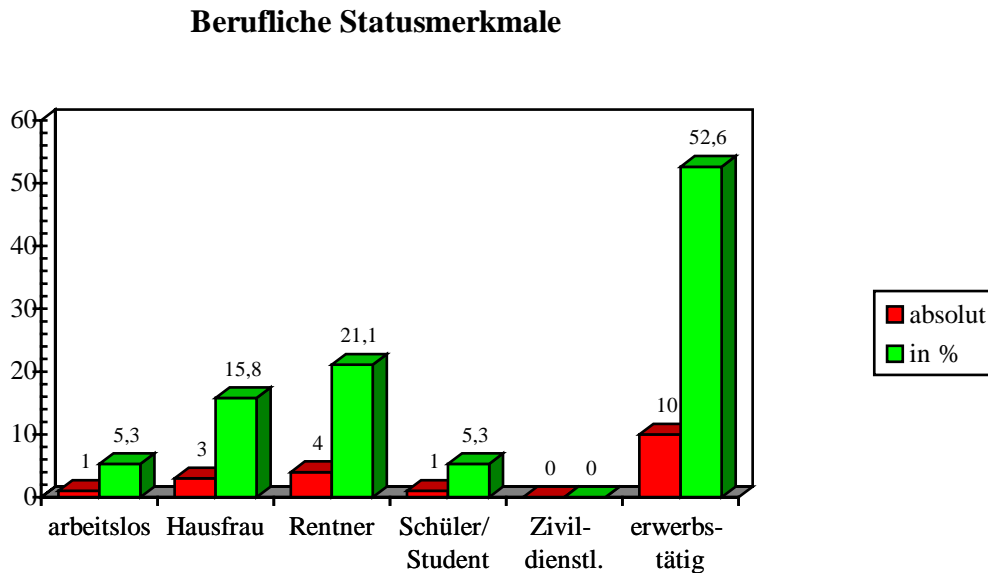


Schaubild 15

2.6 Weil am Rhein

2.6.1 Handlungsfelder

Als wichtigste Handlungsfelder für Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement benannte das Bürgerforum Weil:

- Bürgerbeteiligung (kommunales Engagement, Betriebsrattätigkeit, Bürgerinitiativen, Engagement in demokratischen Parteien, AWO)
- Integration von Ausländern, Behinderten, Außenstehenden (soziale Betreuung, Betreuung alkoholkranker und psychisch kranker Menschen, Wärmestube, Prävention)
- Kinder, Jugendliche, Alte, Familie (Kinder- und Jugendarbeit, zusätzliche Freizeitangebote, Jugendfeuerwehr, Jungscharen, Pfadfinder, Jugendparlament, Betreuung von Kindern und kinderreichen Familien, Hilfe für Alleinerziehende, Seniorenarbeit, Treff ab 50,

Altenparlament, Betreuung alter Menschen im eigenen Haushalt, Hilfe bei Krankheit)

- klassische Sozialdienste (Diakonie)
- Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfe (Nachbarschaftshilfe: spontane, direkte Hilfe, z.B. kochen, Nachbarschaftstreffen, Jobvermittlung, Sorgentelefon)
- Umwelt- und Naturschutz
- Vereine, Freizeit und Kultur (Schulung Sozialverhalten, Gesundheitsförderung, kulturelle Aktivitäten, Breitensport, Chöre, Sportvereine, Musikvereine)

2.6.2 Hemmnisse

Strukturelle Hemmnisse

- Bürokratie, Vereinsstrukturen (starre Verbandsstrukturen)
- ineffiziente Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (Mangel an gezielter Information, keine neutrale Kontaktstelle)
- unklarer rechtlicher Rahmen (rechtliche Probleme wie Versicherungsschutz, private Absicherung)

Personenbezogene Hemmnisse

- Beanspruchung durch Familie und Beruf (zeitliche Beanspruchung durch Familie und Beruf, berufstätige Frauen fallen für Ehrenamt aus, unsichere Familienstrukturen, alleinerziehende Mütter, Leistungsdruck als Barriere, berufliche Mobilität (18 - 25 Jahre))
- Bequemlichkeit (eigene Bequemlichkeit und Konsumhaltung einerseits und Angst vor Bequemlichkeit und Konsumhaltung der anderen andererseits)

-
- diffuse Ängste (innere Hemmschwelle, Angst vor Verantwortung, Fehlern und Unverständnis, Resignation durch Ausnutzung, Angst zu versagen, Berührungsängste, Angst vor dem Exponiertsein)
 - empfundener Informationsmangel (fehlende Informationen und Anlaufstellen, Anreize fehlen, Fehlen von Transparenz der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit)
 - mangelhafte organisatorische und finanzielle Unterstützung (fehlende Schulung für Umgang mit Problemgruppen, fehlende öffentliche Räume)
 - Scheu vor langfristigen Verpflichtungen (Angst der Vereinnahmung)
 - unzureichende soziale Anerkennung (Fehlen von Anerkennung, daher keine Motivation)

2.6.3 Stärkung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement

Anerkennung durch

- Änderung hergebrachter Strukturen in Politik, Verbänden und Medienberichterstattung (Wandel des Ehrenamts zu projektbezogener Tätigkeit auf Zeit, soziales Jahr für alle, ehrenamtliche Tätigkeiten auf soziales Jahr anrechnen)
- Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Arbeitsplatzfindung und -erhalt (Anerkennung für Nachweis von ehrenamtlicher Tätigkeit)
- Wirtschaft, Arbeitgeber (Freistellung, Unterstützung von ehrenamtlicher Arbeit durch die Wirtschaft, Motivation der Arbeitgeber ist deren indirekter Vorteil, motivierte Arbeitnehmer zu haben)

Einführung eines Belohnungs- und Zertifizierungssystems

Vorteile

- Anreiz
- Aufwandsentschädigung
- Kostenerstattung
- Bescheinigung der Tätigkeit (Rentenanwaltschaft)
- sichtbare höhere Qualifikation

Nachteile

- höherer bürokratischer Aufwand
- materielles Denken wird gefördert
- Sinn des Ehrenamtlichen geht verloren
- Abzug bei Sozial- und Arbeitslosengeld, Steuer

Konkrete Belohnungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten

- steuerliche Begünstigung
- Ehrenamtausweis mit bundesweiter Gültigkeit für Vergünstigungen
- Ausflug
- geringere Mitgliedsbeiträge
- freiwillig annehmbare Aufwandsentschädigung (man kann auch darauf verzichten)
- Anrechnung auf Ausbildung
- automatische Versicherung
- Zertifikat als Gruppenleiter
- Zeugnis (bundesweit einheitlich)
- städtischer Empfang für Ehrenamtliche

Medienunterstützung und Öffentlichkeit

- Aufwertung von bürgerlichem Engagement in TV und Presse
- Werbung: positives Erscheinungsbild schaffen
- Ausstellungs- und Werbemöglichkeiten in stark frequentierten Räumen schaffen

Soziale und versicherungsmäßige Absicherung (Unfall, Rente, Krankheit, Pflege)

- soziale Absicherung der ehrenamtlichen Tätigkeiten
- Versicherungsfragen klären, regeln
- Anerkennung von Nachweisen ehrenamtlicher Tätigkeit für Rentenanspruch

2.6.4 Bürgerbüro / Kontaktstelle

Hinweis

Eine eindeutige Festlegung des Namens ist erforderlich zwecks Vermeidung von Verwechslungen mit anderen Aktivitäten, z.B. Organisationseinheiten der Verwaltung, die sich auch so nennen.

Aufgaben

- Aktive Werbung für Ehrenamt
- Notwendigkeit von Bürgerengagement bewußt machen
- Koordination der unterschiedlichen Aktivitäten bzw. Vermittlung
- Marketing für Ehrenamt (Agentur)
- Kontaktbüro für Bürger, Vereine, Verbände, Wirtschaft, Politik und Kultur
- Zusammenführen von Bedarfen an und Bereitschaften zu ehrenamtlichen Aktivitäten

Trägerschaft

- unabhängig, keine kommunale Trägerschaft
- Träger ist Stiftung oder Dachverband von Vereinen

Finanzierung

- Grundfinanzierung durch den Staat, weitere Finanzierung durch Sponsoren, Förderkreis, Nutzergebühren (20,-- DM pro Jahr)
oder
- Mischfinanzierung aus staatlichen Zuschüssen und Spenden von Privatpersonen und Wirtschaft

Organisation

- unabhängig
- ortsbezogene Organisationsmodelle
- Kooperation mit Verbänden und Vereinen (keine Konkurrenz)
- einheitliche Grundstruktur nach Landesrichtlinien

Leitung

- Leitung durch Hauptamtliche
- Mitarbeiter: Zivils und Ehrenamtliche

2.6.5 Weitergehende Bürgerbeteiligung

Formen der Bürgerbeteiligung

- Volksentscheid für wichtige Dinge
- Gesprächsrunden im Stadtteil
- Bürgerentscheid
- Bürgerbegehren
- Bürgerversammlung „Bürger fragen Politiker“
- Bürgerforum

Themen für eine Bürgerbeteiligung

- Bildungsreform
- Mülldeponie
- Autobahn
- Bereiche, in denen wirtschaftliche Lobby stark ist, z.B. Transport, Energie
- Rechtschreibreform
- Landesgartenschau

2.6.6 Unterstützung durch die öffentliche Hand / Verwaltung

- Einrichten eines Kummerkastens für öffentliche Anliegen
- Verwaltung: für Infrastruktur sorgen
- Verwaltung: Kontaktstelle statt weiterschicken
- mehr Bürgernähe der Politiker
- Grundfinanzierung von Projekten
- aktivere Informationspolitik und Bedarfsermittlung

2.6.7 Verbesserte Kooperation und Flexibilisierung

- Verwaltung: schneller und flexibler reagieren
- „neues Ehrenamt“: zeitliche Begrenzung

- Koordination statt Konkurrenz
- regelmäßig Soll/Ist - Zustand bestimmter Arbeiten feststellen und Schlüsse daraus ziehen

2.6.8 Bewußtsein für die gesellschaftlichen Grundwerte

- Werteverfall entgegenwirken
- Ausgrenzung entgegenwirken
- Demokratieverständnis fördern
- Politische Bildung / Stärkung der Demokratie
- Stärkung der Familienstruktur wie im GG verankert: „Familie ist die Keimzelle des Staates“

2.6.9 Soziodemographische Teilnehmerdaten

Am Bürgerforum Weil am Rhein nahmen insgesamt 27 Bürgerinnen und Bürger teil. Das Durchschnittsalter betrug 38 Jahre.

Schaubild 16 veranschaulicht die Verteilung der Geschlechter.

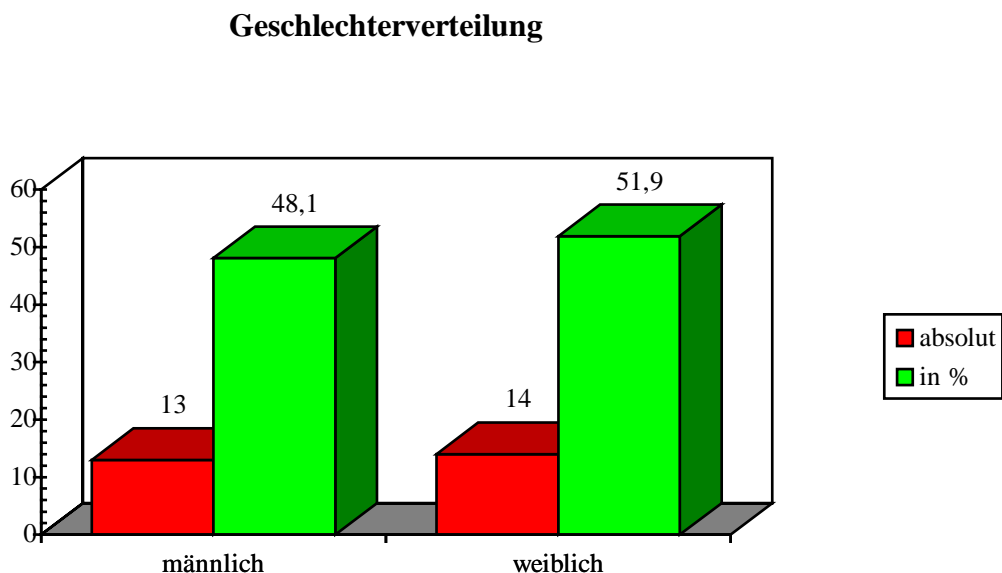


Schaubild 16

Schaubild 17 veranschaulicht die Verteilung der Altersgruppen.

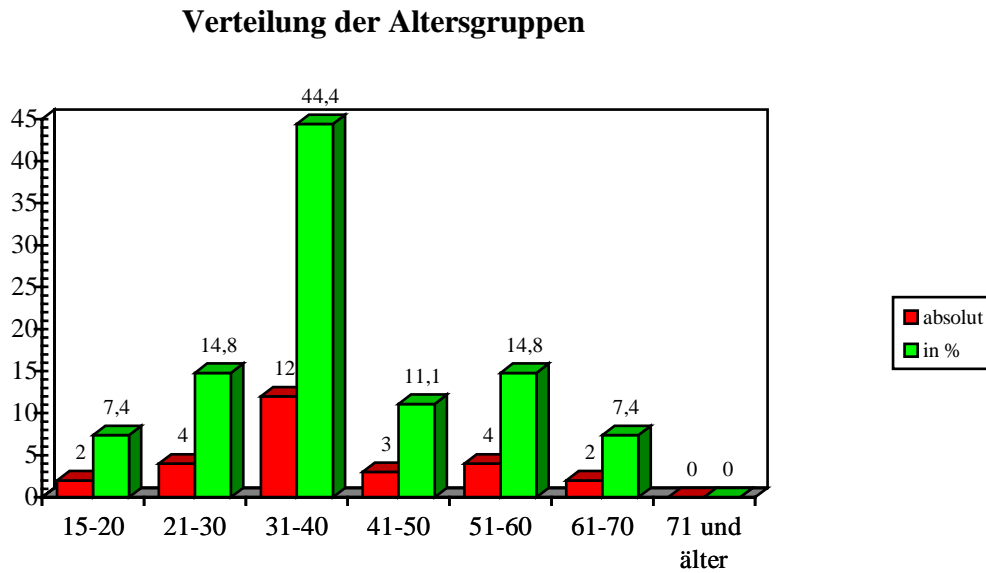


Schaubild 17

Schaubild 18 veranschaulicht die Verteilung der beruflichen Statusmerkmale.

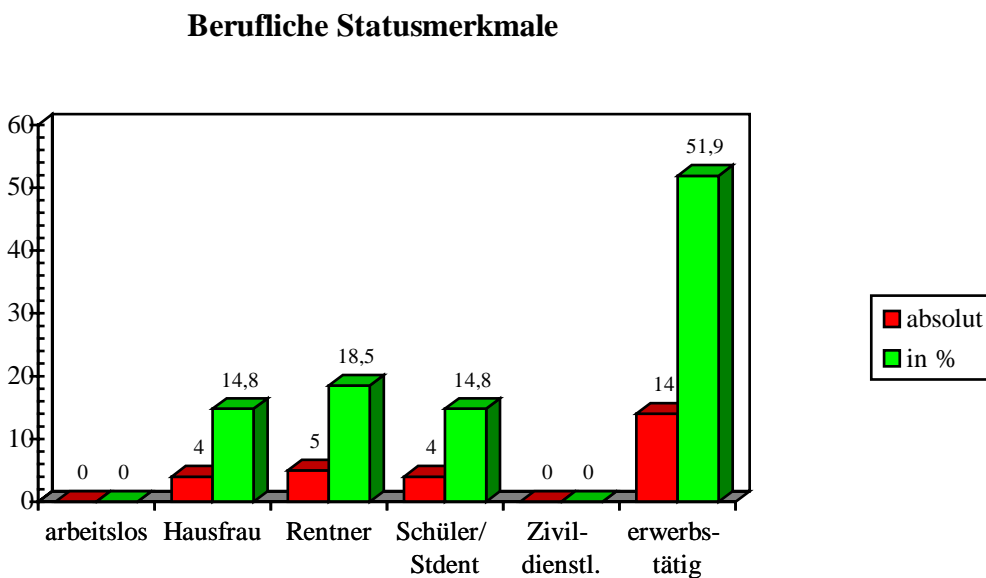


Schaubild 18

3 Der Auftrag an die Akademie und an die Bürgerforen

Die Arbeitsgruppe 3 der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 hat über das Staatsministerium die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg als interessenungebundene Stiftung des Landes Baden-Württemberg mit der Durchführung von Bürgerforen zu der Fragestellung, wie das gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger verstärkt werden könne und welche Wege zu mehr bürgerschaftlicher Mitverantwortung gefunden werden könnten, beauftragt. Die Akademie verfügt hier über Kompetenz und Erfahrung, nachdem sie in den Jahren 1993 bis 1997 unter anderem zu den Themen „Klimaverträgliche Energieversorgung in Baden-Württemberg“, „Biotechnologie / Gentechnik - eine Chance für neue Industrien?“ sowie „Abfallwirtschaftsplanung in der Region Nordschwarzwald“ solche Bürgerforen bereits durchgeführt hat. Ministerpräsident Erwin Teufel hat diese Vorgehensweise mit den Worten „Aus Betroffenen werden Beteiligte“ begrüßt.

Zur Realisierung dieses Auftrages wurde am 20. Januar 1998 zwischen dem Staatsministerium und der Akademie für Technikfolgenabschätzung eine „Vereinbarung über die Durchführung von Bürgerforen zur Begleitung der Zukunftskommission Gesellschaft 2000“ geschlossen. Hierin wurde folgende Vorgehensweise festgelegt:

- Durchführung von sechs Bürgerforen an verschiedenen Orten Baden-Württembergs (je drei Tage) und Erstellung des Bürgergutachtens / Empfehlungen
- Rückkopplung der Ergebnisse (Bürgergutachten / Empfehlungen) in die Arbeitsgruppe 3 der Zukunftskommission unter Beteiligung von zwei bis drei Repräsentanten je Bürgerforum
- Zweites Treffen der Bürgerforen zur Diskussion der Stellungnahme der Zukunftskommission (je ein Tag), Protokollierung der Diskussionsergebnisse und Einarbeitung in die Schlußfassung des Bürgergutachtens
- Übergabe und Präsentation des Bürgergutachtens an die Zukunftskommission
- Teilnahme der Mitglieder der Bürgerforen am Abschlußkongreß der Zukunftskommission

Mögliche Fragestellungen an die Bürgerforen sollten sein:

- Aufzeigen von politischen und sozialen Barrieren, die einem bürgerschaftlichen Engagement entgegenstehen
- Identifizierung von neuen Möglichkeiten, das vorhandene Potential an bürgerschaftlichem Engagement in lokalen und regionalen Bereichen wirksam werden zu lassen
- Bestandsaufnahme von bereits praktizierten Formen bürgerschaftlichen Engagements und der damit verbundenen Erfahrungen (der positiven wie negativen)
- Bereitstellung neuer Formen der gemeinwohlorientierten Einbeziehung von Bürgern in Entscheidungsabläufe in Politik und Verwaltung

4 Beratung der Zwischenergebnisse der Bürgerforen mit der Arbeitsgruppe 3 der Zukunftskommission

Die Ergebnisse der dreitägigen Bürgerforen im Mai wurden zunächst mit den in allen Bürgerforen gewählten Delegierten in einer Delegiertenkonferenz am 7. Juli beraten. Aufgabe der Delegierten war es, die von der Akademie zusammengestellten Empfehlungen an die Zukunftskommission daraufhin zu prüfen, ob sie den Tenor der in den einzelnen Bürgerforen erzielten Ergebnisse zutreffend wiedergeben und gegebenenfalls Änderungen an der Akademievorlage vorzunehmen. Die im Ergebnis der Delegiertenkonferenz erarbeitete Vorlage an die Arbeitsgruppe 3 der Zukunftskommission wurde dort am 29. Juli zusammen mit den Delegierten ausführlich beraten.

In der Beratung der Arbeitsgruppe 3 bildeten sich folgende Themenschwerpunkte heraus:

- Ehrenamtliche Tätigkeit und Arbeitswelt: Vor- und Nachteile einer Zertifizierung von freiwilligem gesellschaftlichen Engagement
- Hemmnisse für ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement und Maßnahmen zur Förderung von Engagement
- Einrichtung von Bürgerbüros
- Möglichkeiten zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsprozessen

Im Ergebnis der Beratung wurden die Bürgerforen gebeten, in ihrer Septembersitzung auf diese Themenschwerpunkte einzugehen und den vorgelegten Empfehlungskatalog nach Möglichkeit durch Praxisbeispiele und Operationalisierungsmöglichkeiten zu unterlegen. Dabei sollten für das abschließende Bürgergutachten nicht nur konsensuale Ergebnisse der Foren, sondern auch abweichende Voten berücksichtigt werden.

5 Das durchgeführte Beteiligungsverfahren

5.1 Das Modell „Planungszelle“

Bürgergutachten sind Produkte eines aufgabenorientierten Dialogs zwischen Bürgern, Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie Politikern. Wesentlich für das Gelingen dieses Dialogs ist die Erfahrung, daß die organisatorische Vorbereitung, die Programmentwicklung, die Durchführung und die Auswertung durch eine neutrale, weder einem Auftraggeber noch bestimmten Interessengruppen zuzurechnende Instanz realisiert werden sollte. Die Akademie für Technik-folgenabschätzung in Baden-Württemberg bietet mit ihrer Rechtsstruktur als Stiftung des öffentlichen Rechts nicht nur diesen unabhängigen Organisationsrahmen, sondern ist qua Satzung auch verpflichtet, den gesellschaftlichen Diskurs über mögliche Anwendungsbereiche von Technik und die damit verbundenen Chancen und Risiken zu führen. Zu diesem Satzungsauftrag gehört auch das Experimentieren mit Formen des gesellschaftlichen Diskurses, insbesondere auch solchen Formen, die sich zur Beteiligung nicht-organisierter Bürger an diesem Dialog eignen.

Im Zentrum dieses Diskurs-Verfahrens - in der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden - Württemberg „Bürgerforum“ genannt - steht das Konzept der „Planungszelle“. Planungszellen sind Gruppen von im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgern, die, für einen bestimmten Zeitraum von ihren alltäglichen Verpflichtungen freigestellt, Empfehlungen zu Kontroll-, Bewertungs- oder Planungsproblemen erarbeiten sollen. Die Ergebnisse dieser Beratungsprozesse werden von einem neutralen Durchführungsträger in Bürgergutachten zusammengefaßt und der Öffentlichkeit sowie den gegebenenfalls vorhandenen Entscheidungsträgern und Auftraggebern vorgelegt.

In der Durchführung ist das Modell „Planungszelle“ eine Anwendung der Vorteile des aufgabenorientierten, Lernen ermöglichenden Gruppenprozesses für die Zwecke der Planungs- und Entscheidungsbeteiligung. Die Gruppe bietet die Chance unmittelbarer Kommunikation für jeden mit jedem anderen Teilnehmer. Sie „lernt“ und ermöglicht Feedback, Korrektur und Selbstkorrektur.

Die Auseinandersetzung mit einer für die Gesellschaft wichtigen Aufgabe ermöglicht dem Teilnehmer eine als sinnvoll interpretierbare und damit akzeptable Position. Er wird als Bürger und damit als Repräsentant seiner spezifischen Lebenswelt und in gewisser Weise als Vertreter des Gemeinwohls in Anspruch genommen. Dies hat

erkennbare Auswirkungen auf Verhalten, Motivation, die Qualifizierung mitgebrachten Wissens und die aufgabenkonformen Identifikationsmöglichkeiten.

Der aufgabenorientierte Gruppenprozeß des Bürgerforums stellt mit seinen Informations- und Entscheidungsvorgängen erhebliche Anforderungen an den einzelnen Teilnehmer. Dieser muß z. B. kontinuierlich anwesend sein. Deshalb wird er in Analogie zur Teilnahme sachkundiger Bürger an kommunalen Gremien für seine der Allgemeinheit zugute kommende Leistung vergütet.

Die Teilnahme an einem Planungs- und Entscheidungsprozeß ist zeitlich klar begrenzt. Dem Bürger soll keine Dauerrolle zugemutet werden. Die Identifikations- und Wertübertragungsvorgänge, mit denen beim einzelnen Teilnehmer gerechnet werden kann, stellen sich im aufgabenorientierten Gruppenprozeß bereits in kurzer Zeit ein. Im Blick auf die Arbeitsergebnisse müssen die zu bearbeitenden Planungs- und Entscheidungsprobleme jedoch so ausgewählt und strukturiert werden, daß ihre Bewältigung durch eine Laiengruppe nur wenige Tage erfordert. Dieses hat eine hohe Programmdichte zur Folge.

Die aus höchst unterschiedlichen Lebenssituationen kommenden Teilnehmer haben eines gemeinsam: sie sind Laien. Im Hinblick auf die spezielle Planungsaufgabe sind sie vermutlich unzureichend informiert und nicht hinreichend auf Gruppenprozesse eingestimmt. Eine Laiengruppe bedarf daher der Ergänzung durch ein Prozeßbegleiteterteam, das über Kenntnisse und Fähigkeiten zur Initiierung und Handhabung eines effektiven Gruppenprozesses sowie einer didaktisch und methodisch abgesicherten Eingabe der notwendigen Sachinformation verfügt.

Die Gutachterrolle qualifiziert die mitgebrachten Kenntnisse und Einstellungen der Teilnehmer/innen als relevante Arbeitsgrundlagen. Das erst ermöglicht Rückfrage, Einwand, klärenden Konflikt und Korrektur. Gestützt auf diese Erwartung leistet der Teilnehmer sogar, wo das notwendig wird, die sachliche Konfrontation mit dem hauptamtlichen Planer, dem Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft.

5.2 Vorbereitung und Durchführung

5.2.1 Inhaltliche und organisatorische Planung

Beteiligungsverfahren, die wie die Planungszelle den Bürgern ein hohes Maß an Engagement, Motivation, Durchhaltevermögen und Zeit abverlangen, müssen schon im

Blick auf die teilnehmenden Bürger sorgsam und umfassend vorbereitet werden. Deshalb sollen an dieser Stelle die für die Planung und Durchführung der Bürgerforen wesentlichen Punkte benannt werden.

Am Anfang stand die Benennung und Eingrenzung des Beteiligungsproblems. Diese Definition wird vom Auftraggeber vorgegeben und mit dem mit der Durchführung der Beteiligung betrauten unabhängigen und neutralen Auftragnehmer abgestimmt. Diese Absprache wurde zwischen dem Staatsministerium Baden-Württemberg, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 3 der Zukunftskommission und der Akademie für Technikfolgenabschätzung vorgenommen.

Die konkrete Vorbereitung begann mit der groben Festlegung des Programmablaufs. Bestandteil dieser Festlegung war die thematische Gliederung des Beteiligungsvorhabens „Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement“ und davon abhängig die Eingrenzung der Dauer der Bürgerforen.

Als nächster Schritt war die Auswahl der Referenten für die Information der Teilnehmer zu sehen. Diese Auswahl wurde nach den Kriterien der Sachkunde und der Praxiserfahrung vorgenommen.

Parallel zur dieser Vorbereitung erfolgte die Zufallsauswahl und die Einladung der Bürgerforumsteilnehmer. Eingeladen wurde zunächst durch ein Anschreiben der Akademie, in dem Thema, Ort und Zeitdauer, Verweise auf Freistellungsmöglichkeiten und Angaben zur Höhe der Aufwandsentschädigung enthalten waren. Dem Einladungsschreiben lag eine Rückantwortkarte bei, auf der die Angeschriebenen ihre Teilnahmebereitschaft und telefonische Beratungswünsche bekunden konnten.

Für jedes Bürgerforum wurde sodann ein Team aus zwei gleichberechtigten Tagungsleitern und einem Tagungsassistenten bestimmt. Die Tagungsleiter sollten als Moderatoren qualifiziert sein und die Tagungsassistenten über organisatorisches Geschick verfügen.

Die Auswahl der Räumlichkeiten für Bürgerforen wird bestimmt durch ihre Arbeitsmethoden. So waren in allen sechs Durchführungsorten Räume in ausreichender Größe für Plenumsitzungen und hinreichend Räume für Kleingruppenarbeit mit in der Regel fünf Kleingruppen zu finden.

Bürgerforen nach dem Modell Planungszelle folgen einer festgeschriebenen Ablaufplanung. Der Ablauf gliederte sich in fest strukturierte, etwa 90 Minuten dauernde Arbeitseinheiten und in Pausen von 30 Minuten, die in ihrem inhaltlichen Verlauf durch die Beteiligten selbstbestimmt gestaltet werden konnten. Der exakt terminierte

Ablauf der einzelnen Arbeitseinheiten lag als Regieanweisung dem Projektbegleitungs- und Gruppenarbeitsaufgaben vorab formuliert waren und für jede Arbeitseinheit die für die Bearbeitung notwendigen Papiere und Materialien (Bewertungsaufgaben, Gruppenaufgaben, Schreibmaterial, Wandzeitungen etc.) in ausreichender Anzahl vorgehalten wurden.

Schließlich mußten die Ergebnisse der einzelnen Arbeitseinheiten auf Wandzeitungen protokolliert, visualisiert und für die spätere Auswertung für die Erstellung des Bürgergutachtens gesichert werden.

5.2.2 Prozeßverlauf und -begleitung

Die Methode Planungszelle versteht sich als ein geordnetes Bürgerbeteiligungsverfahren, weil davon ausgegangen wird, daß diese Beteiligung - insbesondere auch wegen der Zufallsauswahl der Teilnehmer - immer eine Planungsbeteiligung bzw. Mitentscheidung von Laien ist. Diese Laienbeteiligung setzt qualifizierte Sachinformation für alle voraus, erfordert Raum für qualifizierte Erörterung und Bewertung und muß die abgrenzbaren Entscheidungsfelder und -bereiche herausstellen. Damit derartige Notwendigkeiten eingelöst werden können, muß ein geordneter Ablauf des Beteiligungsprozesses sichergestellt sein.

Der Prozeßverlauf wird bestimmt durch eine exakte Planung der Zeiten für die Informationsvermittlung, für Diskussion und Entscheidungsfindung. Der jeweilige tägliche Zeitaufwand für die Arbeit in der Planungszelle beträgt ca. 8 Zeitstunden und orientiert sich damit an den üblichen Regelungen der Arbeitszeiten an anderen Arbeitsplätzen. Der Tageslauf gliedert sich in jeweils etwa 90 Minuten dauernde Phasen mit vorgegebenen konkreten Einzelaufgaben und in ca. 30 bzw. 60 Minuten dauernde Unterbrechungszeiten, in denen die Beteiligten sich selbstbestimmt mit dem Beteiligungsproblem auseinandersetzen können. Die Arbeitsformen in den vorstrukturierten Zeiten wechseln zwischen Anhörung und Diskussion im Plenum sowie Aufgabenerledigung und Erörterung in Kleingruppen und Einzelarbeit.

Die Prozeßbegleitung besteht in der Regel aus einem Team von zwei Tagungsleitern und einem Tagungsassistenten. Die Tagungsleiter müssen durch Moderationserfahrung qualifiziert sein und durch intensive Vorbereitung über genaue Kenntnisse der

Sachzusammenhänge und Problemaspekte des Beteiligungsfalles besitzen. Der/die Tagungsassistent/in ist für die Bereitstellung aller in den einzelnen Arbeitsphasen erforderlichen Medien und Materialien sowie für die erforderliche Dokumentation der Beteiligungsabläufe verantwortlich.

Information der Teilnehmer

Beteiligung nach der Methode Planungszelle geht davon aus, daß prinzipiell jeder Mensch an der Lösung eines Problems beteiligt werden kann. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Bereitstellung von Informationsmöglichkeiten für alle Beteiligten.

Bewährt hat sich als Basis für die Informationsvermittlung der Einsatz von Experten. In einem relativ kurzem Zeitraum sollen diese einzelne Problemaspekte differenziert darstellen und mit den Beteiligten erörtern. Im Prozeßverlaufsplan sind diese thematisch und zeitlich präzise lokalisiert. Die Experten sollen so ausgewählt werden, daß durch sie kontroverse Positionen deutlich erkennbar werden und die Planungszellenteilnehmer auch so urteilsfähig werden.

5.3 Die Teilnehmerzufallsauswahl

Eine Teilnehmersauswahl im Zufall kann jeden Bürger treffen. Sie greift zurück auf den der Demokratie zugrunde liegenden Anspruch, daß „der einzelne Bürger ihr Ausgangspunkt und ihr Ziel“ sei.

Die Zufallsauswahl ist durch Ziehung jeder x-ten Karte aus der Einwohnermeldedatei vorgenommen worden. Die so entstehenden Ausschnitte von Gesellschaft sind von der Zusammensetzung der Teilnehmer her heterogen. Sie bieten aller Erfahrung nach eine Gewähr dafür, daß keine Entscheidungen zustande kommen, die einseitigen Interessen dienen. Vertritt ein Teilnehmer derartige Einseitigkeiten, so wird er damit im gruppendynamischen Prozeß konfrontiert. Er kann sich, wenn er die Vernünftigkeit einer Entscheidung erkennbar gefährdet, nicht durchsetzen.

Im Sinne der Aufgabenstellung sollten Bürgerforen mit je 25 Teilnehmern in Aalen, Esslingen, Kirchberg an der Jagst, Mannheim, Offenburg und Weil am Rhein gebildet werden. Zu diesem Zweck wurden die Einwohnermeldeämter der genannten Städte um Intervallausdrucke von je 750 Anschriften von über 18jährigen Einwohnern gebeten. Die so ausgewählten Bürger wurden schriftlich zur Teilnahme eingeladen. Die Tabelle 1 gibt den Rücklauf wieder:

	Einladungen		Zusagen		Absagen		Rücklauf insgesamt	
	abs.		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Aalen	625		47	7,5	81	13,0	128	20,5
Esslingen	625		47	7,5	68	10,9	115	18,4
Kirchberg J.	625		60	9,6	85	13,6	145	23,2
Mannheim	625		52	8,3	48	7,7	100	16,0
Offenburg	625		52	8,3	85	13,6	137	21,9
Weil a. Rhein	625		58	9,3	79	12,6	137	21,9
Insgesamt	3.750		316	8,4	446	11,9	762	20,3

Tabelle 1: Einladungsverfahren - Rücklauf

Erfahrungswerte aus vergangenen Einladungsverfahren besagen, daß etwa 625 Bürger angeschrieben werden müssen, um eine Gruppe mit ca. 25 - 30 Teilnehmern zu konstituieren. Die Rücklaufquote von im Durchschnitt 20,3 % ist durchaus zufriedenstellend. Die schriftlichen Absagen werden bei der Rücklaufquote mit-erfaßt, weil sie in aller Regel Interesse an dem Vorhaben äußern und konkrete Gründe der Nichtteilnahme aufführen. Dazu gehören überwiegend Gesundheitsgründe und familiäre oder berufliche Unabkömmlichkeit.

Die Zahl der Anmeldungen fiel trotz des Sachverhalts, daß es in Baden-Württemberg kein Bildungsurlaubsgesetz für Arbeitnehmer gibt, höher aus als erwartet. In jedem der Durchführungsorte hätte ein zweites Bürgerforum konstituiert werden können, was sicherlich auch auf die Aktualität der Themenstellung der Bürgerforen in Baden-Württemberg zurückzuführen ist. Aus Kostengründen konnten jedoch keine weiteren Gruppen gebildet werden, so daß die Akademie zahlreichen Interessenten absagen mußte.

5.4 Soziodemographische Teilnehmerdaten

Ein konstituierendes Element der Bürgerforen nach dem Modell „Planungszelle“ ist die Zufallsauswahl der Beteiligten. Die im Vorfeld bestimmte Anzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen (25 Personen je Durchführungsort) wurden aus der Grundgesamtheit der Einwohner je Ort nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Auf diese Art und Weise wurde garantiert, daß die Bearbeitung des zur Diskussion stehenden Themas unabhängig von spezifischen soziodemographischen Merkmalen und unabhängig von spezifischen Interessen erfolgen konnte und die Zusammensetzung

zung der Bürgerforen in hohem Maße heterogen war. Daß dieser Anspruch eingelöst wurde, zeigt die folgende Auswertung der soziodemographischen Teilnehmerdaten.

Anzahl der Teilnehmer/innen und Durchschnittsalter

	Aalen		Esslingen		Kirchberg		Mannheim		Offenburg		Weil a. Rh.		insgesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Teilnehmer/innen	29	100	25	100	27	100	22	100	19	100	27	100	149	100
Altersdurchschnitt	48 J.		39		43		47		45		38		43	

Tabelle 2: Anzahl der Teilnehmer und Durchschnittsalter

Geschlechterverteilung

	Aalen		Esslingen		Kirchberg		Mannheim		Offenburg		Weil a.Rh.		insgesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
männlich	19	65,52	15	60,00	10	37,04	16	73,73	10	52,63	13	48,15	83	55,70
weiblich	10	34,48	10	40,00	17	62,96	6	27,27	9	47,37	14	51,85	66	44,30

Tabelle 3: Verteilung der Geschlechter

Verteilung der Altersgruppen

	Aalen		Esslingen		Kirchberg		Mannheim		Offenburg		Weil a.Rh.		insgesamt	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
15-20 ¹	0	0,00	2	8,00	3	11,11	0	0,00	1	5,26	2	7,41	8	5,37
21-30	4	13,79	6	24,00	1	3,70	5	22,73	0	0,00	4	14,81	20	13,42
31-40	4	13,79	6	24,00	7	25,93	5	22,73	7	36,84	12	44,44	41	27,52
41-50	6	20,69	3	12,00	6	22,22	3	13,64	4	21,05	3	11,11	25	16,78
51-60	6	20,69	6	24,00	8	29,63	2	9,09	4	21,05	4	14,81	30	20,13
61-70	6	20,69	2	8,00	2	7,41	4	18,18	3	15,79	2	7,41	19	12,75
71 und älter	3	10,34	0	0,00	0	0,00	3	13,64	0	0,00	0	0,00	6	4,03

Tabelle 4: Verteilung der Altersgruppen

¹ Auswahlkriterium war das Mindestalter zur Wahlberechtigung, also 18 Jahre.

Berufliche Statusmerkmale

	Aalen		Esslingen		Kirchberg		Mannheim		Offenburg		Weil a.Rh.		insgesamt	
arbeitslos	2	6,90	2	8,00	2	7,41	1	4,55	1	5,26	0	0,00	8	5,37
Hausfrau	4	13,79	4	16,00	8	29,63	1	4,55	3	15,79	4	14,81	24	16,11
Rentner	7	24,14	4	16,00	3	11,11	7	31,82	4	21,05	5	18,52	30	20,13
Schüler/Student	1	3,45	4	16,00	2	7,41	3	13,64	1	5,26	4	14,81	15	10,07
Zivildienstl.	0	0,00	2	8,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	1,34
erwerbstätig	15	51,72	9	36,00	12	44,44	10	45,45	10	52,63	14	51,85	70	46,98

Tabelle 5: berufliche Statusmerkmale

5.5 Das Arbeitsprogramm der Bürgerforen

5.5.1 Arbeitsprogramm der Foren im Mai

	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
09:00	Aufgaben und Ziele des Bürgerforums; Erwartungen an das Bürgerforum	Impulsreferate „Bürgerschaftliches Engagement“ a) in der demokratischen Gesellschaft b) vor Ort	Erarbeitung von Handlungsfeldern für Engagement; Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung
16:30	erste Einschätzungen zu gesellschaftlichem Engagement/Ehrenamt	Informationsverarbeitung und Diskussion der Kernaussagen der Referate	Ausarbeitung eines Empfehlungskatalogs und presseöffentliche Präsentation der Arbeitsergebnisse

5.5.2 Das Arbeitsprogramm der Foren im September

Mittwoch	
09:00	<ul style="list-style-type: none"> • Hauptthemmenisse und Vorschläge für eine Förderung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement • Vor- und Nachteile von Zertifizierung ehrenamtlicher Tätigkeit und Vorschläge für konkrete Zertifizierungsmöglichkeiten
16:30	<ul style="list-style-type: none"> • Vorschläge zur Einrichtung von Bürgerbüros unter Berücksichtigung von konkreten Vorstellungen zu <ul style="list-style-type: none"> - Aufgaben - Trägerschaft - Finanzierung - Leitung - Personal

5.6 Das Zustandekommen der Aussagen

Dieses Bürgergutachten faßt Aussagen zusammen, die in den sechs Bürgerforen in Aalen, Esslingen, Kirchberg an der Jagst, Mannheim, Offenburg und Weil am Rhein von den Bürgern erarbeitet worden sind. In den Bürgerforen gibt es bestimmte Verfahren, wie jemand seine Ansicht dokumentiert („Instrumente der Meinungsabgabe“). Diese Aussagen sind durch Entstehungsbedingungen gekennzeichnet, die nicht selbstverständlich sind. Diese werden unter der Überschrift „Rahmenbedingungen der Aussagen“ erläutert.

5.6.1 Instrumente der Meinungsabgabe

In den Plenar- und Kleingruppensituationen sowie informell in den Pausen haben die Bürger Gelegenheit, ihre Meinung zu äußern und sich den Argumenten des anderen auszusetzen. Diese Kommunikationsprozesse sind für die Meinungsbildung unabdingbar. Die in den Diskussionsprozessen gefundene Meinung abschließend zu äußern und zu dokumentieren, ist ein weiterer Schritt.

Diese Meinungsabgabe erfolgt entweder als Kleingruppenentscheidung oder als Einzelentscheidung.

Einzelentscheidungen erfolgen über den Einsatz von Frage- oder Bewertungsbögen; sie dienen der Abfrage von mitgebrachten Erwartungen, Hoffnungen, Ängsten oder

Assoziationen zum Thema einerseits und der individuellen Verarbeitung einer (kontroversen) Informationseingabe und damit der Vorbereitung der Kleingruppen- oder Plenumsdiskussion.

Kleingruppenentscheidungen erfolgen nach einer auf die Informationseingabe folgenden Kleingruppenaufgabe; diese dauern in der Regel zwischen 30 und 60 Minuten. Die Kleingruppenentscheidung ist in diesem Bürgerforum die zentrale Aussagekategorie, weil in der Kleingruppe möglichst viele Argumente durch unterschiedliche Personen in die Diskussion eingebracht werden konnten und weil (zumindest zunächst) ein Konsens in der Kleingruppe erzielt werden sollte. Der Zwang zur Einigung führt zur argumentativen Konzentration auf die Dissensbereiche und damit zu einer Breite in der Aussage.

5.6.2 Rahmenbedingungen der Aussagen

Die Bürgeraussagen sind in einer spezifischen Situation zustande gekommen, die durch folgende Faktoren gekennzeichnet ist:

- **Zeitdruck:** Informationseingabe, Informationsverarbeitung und Meinungsbildung kosten Zeit. Gleichzeitig kann die Dauer des Verfahrens aus verschiedenen Gründen (Kosten, Freistellung) nicht beliebig ausgedehnt werden.
- **Programmdichte:** Aus dem Informations- und Diskussionsanspruch entsteht eine hohe Programmdichte; diese entspricht einer „echten“ Arbeitssituation und wird oft auch so empfunden. Das unterstreicht die Ernsthaftigkeit der Situation und wirkt letztlich motivationssteigernd. Das spricht nicht gegen Phasen der Kreativität, des Nachdenkens und der Gestaltung in Bürgerforen, sondern nur gegen einen nicht aufgabenorientierten Leerlauf. Pausen sind in diesem Sinne kein Leerlauf, sondern wichtiger Raum für Meinungsbildung, Identitätsentwicklung und Gruppenbildung.
- **Gruppenprozeß:** Der Kleingruppenprozeß ist die Schlüsselsituation des Bürgerforums; hier kann man sich leichter äußern als im Plenum, setzt sich mit Gegenargumenten auseinander und kann, ohne „sein Gesicht zu verlieren“, seine Meinung ändern. Hier wird nach Konsens gesucht, werden Kompromisse formuliert und, wenn nötig, der Dissens z.B. in Form des Minderheitenvotums festgeschrieben. In der Kleingruppe fallen manipulative Überzeugungsversuche und Sonderinteressen stärker auf. Aber die Gruppe ist in der Regel auch mehr an der Zukunft und am gemeinsamen Interesse orientiert. Die Interessen künf-

tiger Generationen und der Gesamtgesellschaft zählen mehr als die einzelner Gruppierungen.

- **Soziale Heterogenität:** Die Zufallsauswahl führt, wie oben bereits beschrieben, Menschen unterschiedlichen Alters und aus unterschiedlichen Lebenslagen zusammen. Nicht immer verstehen sich diese von Anfang an; jedoch schafft das Bürgerforum Kommunikationssituationen, die keine Barrieren aufkommen lassen. Wichtig ist die Vielfalt der Lebenssituationen und -erfahrungen, die die Diskussionen bereichern helfen.

6 Vorbereitung, Moderation und Organisation der Bürgerforen

Mit Ausnahme der Referenten sind alle aufgeführten Personen Mitglieder der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.

Inhaltliche Konzeption

Dr. Hans Kastenholz

Dr. Elmar Wienhöfer

Moderatorinnen und Moderatoren

Jens Beckmann M.A.

Dr. Hans Kastenholz

Gerhard Keck M.A.

Andreas Klinke M.A.

Dipl.-Volksw. Anja Knaus

Dipl.-Ing. Kerstin Langer

Florian Lattewitz M.A.

Dipl.-Psych. Monika Schrimpf

Dr. Thomas von Schell

Dipl.-Geogr. Magdalena Steiner

Dr. Elmar Wienhöfer

Dipl.-Geogr. Katharina Zöllner

Tagungsassistentinnen und -assistenten

Gülnur Dikme

Christine Ehrhardt

Ulrike Essig

Magdalena Evangelista

Rochus Pieper

Piet Sellke

Dipl.-Ing. Iris Straub

Tagungsorganisation / Logistik

Sabine Michel

Referenten

Herr Cares, Amt für Jugendarbeit der evangelischen Landeskirche, Mannheim
Frau Christoph, Kreisgeschäftsstelle Ortenaukreis des Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Kehl
Herr Class, Diakonische Bezirksstelle Aalen
Frau Dörner, Katholische Jugendgemeinde Weil am Rhein
Frau Frenz, Berufsakademie Stuttgart
Frau Hafner, Landratsamt Esslingen
Herr Hornung, Kreisdiakoniestelle Öhringen
Frau Mohrlock, Evangelische FH Freiburg
Herr Dr. Otto, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Tübingen
Herr Dr. Roß, Evangelische FH Freiburg

Auswertung der Bürgerforen und Zusammenstellung des Bürgergutachtens

Dr. Hans Kastenholz
Dr. Elmar Wienhöfer

Studentische Hilfskräfte hierbei:
Dorothee Leyrer
Frank Ulmer

Anhang: Presseecho